

(Kniola (SPD))

- (A) Beleg: Es ist dort kein Mißbrauch mit irgendwelchen Vorschlägen getrieben worden. Es ist immer die Unterstellung der Hochschulen, daß Mißbrauch getrieben würde. Aber mit Unterstellungen kann ich schlecht Politik machen. Ich muß mich an die Fakten halten.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Eines will ich zum Abschluß noch sagen, weil Frau Kollegin Thoben in ihrer Rede wieder diesen leidigen Bürokratieworwurf erhoben hat. Nun muß man sich einmal vorstellen: Gleichzeitig wird von der CDU ein Antrag eingebracht, der uns auffordert, die Umstrukturierung nun endlich auf gesetzlicher Basis durchzuführen. Das heißt: Umstrukturierung von oben, mit Gesetz, Detailplanung und Vorschriften in die Hochschulen hinein. Also, für etwas muß man sich jetzt bei der CDU entscheiden, entweder so oder so. Was hätte man denn gerne?

(Dr. Fischer (CDU): Nein, das haben Sie nicht richtig verstanden!)

Eines will ich dazu noch sagen: Ich habe das Gefühl - das ist mein Eindruck nach dem, was wir an Resonanz aus den Hochschulen haben -, daß viele Hochschulen, die sich immer so als unbürokratisch darstellen, weil sie noch die alte Gremienstruktur haben - übrigens contra legem -, sich besonders schwer tun bei diesem Prozeß der Umstrukturierung und bei der Einbringung eigener Gedanken. Mein Empfinden ist, daß die jungen, die gruppenuniversitären Hochschulen, die oft geschmäht werden, in diesem Feld aktiv tätig sind. Ich kann nur sagen: Sie werden uns, sie werden die Landesregierung hier als Partner finden, der die Vorschläge, die von dort kommen und die sinnvoll sind, unterstützt. Denn wir haben gemeinsam das Interesse an der Zukunft unseres Landes.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter.

Da weitere Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließe ich die Beratung zu diesem Beratungsblock.

Ich rufe auf:

Beratungsblock 2

Sozialbereich

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Hierzu liegen Ihnen mit den Drucksachen 10/1592 und 10/1593 zwei Änderungsanträge der Fraktion der CDU vor, die ich in die Beratung einbeziehe. Zu dem Änderungsantrag auf Drucksache 10/1593 hat die CDU-Fraktion gemäß § 54 der Geschäftsordnung eine namentliche Abstimmung beantragt.

Damit keine Irritation eintritt: Alle Abstimmungen über die Anträge erfolgen erst dann, wenn der Entwurf des Entschuldungsgesetzes der F.D.P. beraten worden ist. Alle Irritationen, die dahin entstanden sein könnten, daß hier eine Abstimmung als Kampf Abstimmung vorgezogen würde, bitte ich zu vergessen. Es finden im Laufe der jetzigen Beratungen keine Abstimmungen statt.

Ich eröffne die Beratung. Für die Fraktion der CDU hat Herr Abg. Arentz das Wort.

(Wolf (SPD): Zu Protokoll geben reicht, dann ersparen wir uns die Zwischenrufe!)

Arentz (CDU): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Sozialpolitik der Regierung Rau, um die es beim Einzelplan 07 geht, ist seit 1980 durch einen andauernden und tiefgreifenden Abbau zentraler sozialer Leistungen gekennzeichnet.

(Zustimmung bei der CDU)

Keine andere Landesregierung hat die Sozialleistungen seit 1980 derart massiv gekürzt und zusammengestrichen wie diese Landesregierung in Nordrhein-Westfalen.

(Zustimmung bei der CDU)

Weit mehr als 2 Milliarden DM sind seit 1980 den Alten, den Kranken, den Behinderten und den Familien hier im Lande genommen worden. Damit ist die einstmalig vorbildliche soziale Infrastruktur, die christliche Demokraten und Sozialdemokraten in diesem Lande einmal gemeinsam geschaffen haben, aufs Schwerste beschädigt worden. Die Angriffe der SPD und der Landesregierung gegen die Sozialpolitik der Bundesregierung sind vor dem Hintergrund dessen, was sich hier im Lande abspielt, der Gipfelpunkt der Heuchelei.

(Zustimmung bei der CDU)

Da hat der Herr Ministerpräsident soeben angemahnt, die Vergleiche seien falsch, die ich angestellt hätte. Ich kann das nicht nachvollziehen. Wir vergleichen uns hier nicht mit anderen Bundesländern, wir vergleichen hier, was die Landesregierung Rau aus dem

(Arentz (CDU))

- (A) einstmals blühenden Gemeinwesen und Sozialstaat Nordrhein-Westfalen gemacht hat, und das ist miserabel, meine Damen und Herren!

(Zustimmung bei der CDU - Wolf (SPD): Es ist ja verständlich, daß Sie das sagen. Nur dann können Sie schimpfen!)

Die SPD kritisiert, die Bundesregierung täte nichts gegen die Arbeitslosigkeit. Herr Farthmann hat heute morgen gesagt, es seien seit 1980 ja nur 70 000 Arbeitsplätze mehr. Herr Farthmann ist viel zu intelligent, um nicht zu wissen, daß er die falschen Vergleichszahlen zugrunde gelegt hat. Sie müssen ausgehen vom Tiefpunkt der Konjunkturlaufentwicklung, und der war im Oktober 1983 erreicht. Bis heute haben wir seitdem eine Zunahme um 620 000 neue Arbeitsplätze.

(Ho, ho! bei der SPD)

- Ich kann nur sagen: Sie wollen das nicht zur Kenntnis nehmen, weil Ihnen gute Entwicklungen stinken, wenn sie von der CDUgeführten Bundesregierung kommen!

(Beifall bei der CDU - Wolf (SPD): Wo haben Sie zählen gelernt, Herr Arentz?)

Der Ministerpräsident und Kanzlerkandidat hat bei der Konferenz der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD - es ist ja interessant, daß Sie eine solche brauchen -

- (B) (Hunger (SPD): Was habt ihr denn?)

angekündigt: Jeder, der uns 1987 wählt, muß wissen: Die werden neue Arbeitsplätze schaffen. - Dazu kann ich nur sagen: Wenn Herr Rau wirklich weiß, wie das geht,

(Frau Robels (CDU): Hätte er anfangen können!)

warum hat er dann nicht schon lange damit angefangen in Nordrhein-Westfalen?

(Beifall bei der CDU)

Wenn er aber nicht weiß, wie das geht, dann täuscht er schlicht und einfach die Wähler mit solchen Sprüchen.

(Erneut Zustimmung bei der CDU - Wolf (SPD): Das ist eine schiefe Schlachtordnung, die Sie hier aufbauen!)

- Hör doch auf zu brüllen! Du kannst ja nachher reden.

Die Arbeitsmarktbilanz der SPD in Nordrhein-Westfalen ist schlicht und einfach

verheerend. Kein anderes Bundesland hat in den letzten Jahren so viele Arbeitsplätze eingebüßt wie wir. 8 % aller Arbeitsplätze sind nach einer Untersuchung des IHB von 1975 bis 1985 in Nordrhein-Westfalen verlorengegangen. Diese Landesregierung hat sich damit zum größten arbeitsmarktpolitischen Risiko für die Arbeitnehmer in diesem Lande entwickelt.

(Zustimmung bei der CDU - Schmidt (SPD): Das kennen wir schon. Sprüche, Sprüche!)

Nun behauptet die SPD, die Ursache sei nicht etwa ihre Politik, sondern Ursache sei die Wirtschaftsstruktur dieses Landes.

(Zuruf von der SPD: Unseres Landes!)

Da müssen wir daran erinnern, daß 1978, als Herr Rau Ministerpräsident wurde, der Abstand Nordrhein-Westfalens zum Bundesgebiet bei der Arbeitslosenquote 0,7 % betrug. Heute ist die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen 2,1 % höher als im Bundesdurchschnitt. Das heißt: In der Regierungszeit von Herrn Rau hat sich der Rückstand des Landes exakt verdreifacht, was die Arbeitslosigkeit angeht.

(Zustimmung bei der CDU)

Das bedeutet in Zahlen, meine Damen und Herren: Wir hätten heute im Lande Nordrhein-Westfalen über 200 000 Arbeitslose weniger, wenn Herrn Rau nur der Durchschnitt gelungen wäre, nämlich auf dem Stand der Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den anderen Ländern zu bleiben. Deswegen sagen wir im Interesse der Arbeitnehmer: Ein Mann mit einer solchen Bilanz darf im Rahmen der Gesetze alles, aber er darf nicht Bundeskanzler werden.

(Zustimmung bei der CDU - Schmidt (SPD): Quatsch! - Wolf (SPD): Das müssen gerade Sie mit Ihrem Pleiten-Kanzler sagen!)

- Was den von Ihnen so apostrophierten "Pleiten-Kanzler" angeht, will ich Ihnen eines sagen, Herr Kollege: Wenn es einem SPD-Kanzler gelungen wäre, nach einem Abbau von einer Million Arbeitsplätzen durch die Vorgängerregierung in drei Jahren 600 000 neue zu schaffen,

(Zuruf von der SPD)

wenn es der SPD gelungen wäre, die Dauer der Zahlung des Arbeitslosengeldes für die Älteren zu verdoppeln,

(Erneut Zuruf von der SPD)

(Arentz (CDU))

- (A) wenn es der SPD gelingen wäre, das Kindergeld für arbeitslose Jugendliche wieder einzuführen,

(Zustimmung des Abg. Dr. Biedenkopf (CDU))

wenn Sie den Vorruhestand geschaffen hätten, wenn Sie den Familienlastenausgleich um 10 Milliarden DM verbessert hätten - Sie würden sich doch feiern lassen in allen Städten, Dörfern und Gebieten dieses Landes! Tun Sie doch nicht so!

(Zustimmung bei der CDU - Schmidt (SPD): Unter dem Strich! - Wolf (SPD): Kohl hat eine Million Arbeitslose weniger versprochen!)

Es ist doch der nackte Neid, der hier aus Ihnen spricht!

(Erneut Zustimmung bei der CDU - Wolf (SPD): Wo ist denn die Million weniger Arbeitslose, die Kohl versprochen hat?)

- Also, was die Million weniger Arbeitslose angeht, wäre ich nach dem Interview des Herrn Apel in der vergangenen Woche als Sozialdemokrat außerordentlich vorsichtig.

(Beifall bei der CDU)

Der Herr Ministerpräsident hat eben alle Betroffenen und Beteiligten in diesem Hause gemahnt, den politischen Gegner nicht so zu verzeichnen, daß man ihn nur noch als Karikatur erkennen und bekämpfen könnte.

(Beifall bei der CDU)

Ich stimme dem zu.

(Schultheis (SPD): Aber Sie sind in Wirklichkeit so!)

Nur hat Herr Rau auf dem Parteitag der SPD in Offenburg folgendes erklärt:

Wo es um die Würde der arbeitenden Menschen und den Schutz ihrer Organisationen geht, da haben wir keinen Partner.

Meine Damen und Herren von der SPD, nehmen Sie zur Kenntnis, die CDU in diesem Hause ist nicht gewillt, solche Unverschämtheiten weiterhin kommentarlos hinzunehmen.

(Zustimmung bei der CDU - Zurufe von der SPD: Das ist aber die Wahrheit!)

Seit ihrer Gründung steht die Christliche Demokratische Union für die unveräußerliche

Würde eines jeden einzelnen Menschen. Wir stehen für freie und starke Gewerkschaften.

(Lachen bei der SPD - Zuruf des Abg. Blumenberg (SPD) - Weitere Zurufe von der SPD - Gegenrufe von der CDU)

Die heutige Schwäche der Gewerkschaften haben diejenigen Sozialdemokraten zu verantworten, die den DGB seit vielen Jahren hemmungslos für parteipolitische Zwecke mißbrauchen und ausbeuten.

(Zustimmung bei der CDU - Wolf (SPD): Herr Kollege Arentz, wo bleibt denn der vorweihnachtliche Friede?!)

Die weit über dem Bundesdurchschnitt liegende Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen hat dazu geführt, daß auch die Sozialhilfeausgaben in unserem Lande stärker als anderswo gestiegen sind. Allein im letzten Jahr lag der Zuwachs der Sozialhilfekosten in Nordrhein-Westfalen um sage und schreibe 40 % über dem Durchschnitt des Bundesgebiets.

(Wolf (SPD): Wie kommt denn das?
- Schmidt (SPD): Ja, sagen Sie das einmal! - Unruhe)

Damit entlarvt sich die ständige Behauptung der SPD als falsch, die Bundesregierung sei die Ursache dieser Entwicklung.

(Frau Robels (CDU): Sie von der SPD tun immer so unschuldig!)

Tatsache ist: Die zentrale Ursache für den hohen Anstieg der Sozialhilfekosten in Nordrhein-Westfalen

(Wolf (SPD): Sind Stingl und Franke!)

ist das Versagen der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik dieser Landesregierung!

(Zustimmung bei der CDU - Widerspruch bei der SPD - Zurufe)

Und wenn Herr Dr. Farthmann heute morgen hier behauptet, das große Elend der Arbeitslosen seien die geringen Freigrenzen bei der Arbeitslosenhilfe, dann müssen wir Sie darauf hinweisen, daß es die Sozialdemokraten waren, die von 1969 bis 1982 diese Freigrenzen nicht ein einziges Mal erhöht haben, während wir sie jetzt in einem Schritt geradezu verdoppelt haben - innerhalb von zwei Jahren! Daran sollten Sie sich einmal ein Beispiel nehmen! Das ist konkrete Sozialpolitik, die den Menschen dient.

(Beifall bei der CDU)

(Arentz (CDU))

- (A) Ein besonders trauriges Kapitel ist die Lehrstellenlage in diesem Lande. Herr Minister Heinemann, Sie erklären landauf, landab, das Land Nordrhein würde 700 Millionen DM im Jahre 1987 ausgeben, um Jugendlichen zu Ausbildung und Arbeit zu verhelfen.

(Zuruf von der SPD: Richtig!)

- Da hat einer "Richtig!" gerufen. Der glaubt das also auch.

(Schmidt (SPD): Das ist Ihre erste korrekte Aussage! - Weitere Zurufe von der SPD)

Sie wissen ganz genau, daß diese Behauptung falsch ist. Sie müssen nicht alles glauben, was von da vorne kommt. Für 1987 stehen nämlich keine 700 Millionen DM im Haushalt, da stehen vielmehr ganze 450 Millionen DM im Landesetat; der Rest sind Verpflichtungsermächtigungen, und die zählen Sie jedes Jahr aufs neue mit, meine Damen und Herren von der SPD!

(Zustimmung bei der CDU - Anhaltende Zurufe der Abgeordneten Wolf und Schmidt (SPD))

Sie verschweigen außerdem, daß die Haushaltsreste in diesem Bereich seit Jahren ganz enorm sind. 1985 waren von diesem großen Programm ganze 179 Millionen DM für neue Programmaßnahmen vorgesehen. Von diesen 179 Millionen DM sind 53 Millionen DM nicht abgeflossen. Das bedeutet, etwa ein Drittel aller Mittel für neue Maßnahmen können überhaupt nicht abfließen; offensichtlich sind Ihre Programme völlig am Bedarf vorbei geplant.

(B)

(Zustimmung bei der CDU)

In Wirklichkeit helfen Sie mit Ihrem 700-Millionen-DM-Phantomprogramm

(Frau Robels (CDU): Ja, das ist es.)

mehr dem Ansehen der eigenen Regierung als den Jugendlichen in unserem Lande.

(Zustimmung bei der CDU - Wolf (SPD): Unverschämtheit! - Zustimmende Zurufe von der SPD)

In diesem Zusammenhang müssen wir uns auch einmal anschauen: Wie sah es denn Ende September mit der Ausbildungsstellenlage in Nordrhein-Westfalen und in den anderen Ländern aus?

(Schmidt (SPD): Alles miesmachen, nur alles miesmachen!)

(C) Bei uns im Lande suchten noch 17 893 Jugendliche eine Lehrstelle.

(Wolf (SPD): Das sind 17 000 zuviel!)

- Einverstanden! - Ihnen standen 4 000 unbesetzte Lehrstellen gegenüber.

(Wolf (SPD): Wo denn, wo? - Weitere Zurufe von der SPD: Wo?!)

In Baden-Württemberg und Bayern dagegen lag die Zahl der offenen Lehrstellen um mehr als das Doppelte so hoch wie die Zahl der Jugendlichen, die noch eine Stelle suchten - und das ohne Programme, die viele hundert Millionen Mark kosten, meine Damen und Herren!

(Schmidt (SPD): Wo sind denn die Konsequenzen!)

- Ich meine, wir sollten uns einmal über die Ursachen unterhalten, die dazu führen, daß Sie hier mit vielen hundert Millionen Mark des Steuerzahlers gezwungen sind, notdürftig die Folgen der eigenen miserablen Politik zu reparieren,

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

während in anderen Ländern solche Programme offensichtlich nicht nötig sind.

(Schmidt (SPD): Ja, immer alles kaputt-machen!)

(D)

Ein klassisches Beispiel für die Politik der Investitionsblockaden dieser Regierung ist die Krankenhauspolitik. Auch wenn es Herr Minister Heinemann immer wieder bestreitet, es gibt einen riesigen Investitionsbedarf. 2,6 Milliarden DM sind bei den Regierungspräsidenten registriert. In Wirklichkeit, so sagen uns alle Träger, ist der Bedarf noch wesentlich höher. Ich finde, in dieser Lage ist es tatsächlich blanker Hohn, wenn das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales noch nicht einmal in der Lage ist, für den ordnungsgemäßen Abfluß der bereitstehenden Mittel zu sorgen. Allein in 1985 blieben von 450 Millionen DM mehr als 150 Millionen DM bei der Regierung liegen.

(Schmidt (SPD): Sie wissen doch, wie das beim Bauen immer so geht!)

Wir nennen das schlicht und einfach einen arbeitsmarkt- und gesundheitspolitischen Skandal.

(Zustimmung bei der CDU - Zurufe von der SPD: Blödsinn!)

(Arentz (CDU))

- (A) Wir haben in der Sitzung unseres zuständigen Fachausschusses vor einigen Wochen die Ursachen vom Herrn Minister erfahren wollen.

(Weiterer Zuruf des Abg. Wolf (SPD))

- Aber Herr Wolf, hören Sie doch einmal zu!

(Wolf (SPD): Ich höre aufmerksam zu!)

Sie könnten sich viele Ihrer Zwischenrufe sparen, wenn Sie auch nur eine Minute länger zuhörten. - Wir wollten nämlich wissen, warum bei den kirchlichen Krankenhäusern 97 % aller bereitgestellten Mittel abgerufen wurden, während bei den kommunalen Häusern von 278 Millionen DM insgesamt 144 Millionen DM - also mehr als 50 % - liegengeblieben sind. Der Herr Minister war nicht in der Lage, uns eine zufriedenstellende Antwort auf diese Frage zu geben.

(Frau Robels (CDU): Warum, das liegt doch auf der Hand.)

Ich muß sagen, vor dem Hintergrund der großen Finanznot ist dieses administrative Versagen einfach skandalös!

(Schmidt (SPD): Das darf doch nicht wahr sein!)

Auch im Haushalt 1987 sind die Investitionsmittel weit davon entfernt, dem Bedarf Rechnung zu tragen. Da reden Sie von 800 Millionen DM, die für neue Maßnahmen zur Verfügung stünden.

(B)

(Wolf (SPD): Wieviel wollen Sie denn mehr?

- Sie sollten die Anträge lesen, die Ihnen ausgedruckt vorliegen, dann würden Sie nicht solche dummen Zwischenrufe machen!

(Beifall bei der CDU)

Tatsache ist: Für neue Maßnahmen stehen 1987 an Barmitteln nicht 800 Millionen DM, sondern ganze 100 Millionen DM zur Verfügung. Und was in diesem Haushalt wesentlich gewachsen ist, sind die Verpflichtungsermächtigungen für die folgenden Jahre. Das heißt, es handelt sich fast ausschließlich um eine Verschiebung von Investitionen in die Zukunft, aber nicht um eine konkrete Hilfe im kommenden Jahr, für das wir diesen Haushalt beschließen.

(Zustimmung bei der CDU - Zurufe der Abgeordneten Schmidt und Wolf (SPD))

Wir haben deshalb den Antrag gestellt, 50 Millionen DM zusätzlich bereitzustellen und

sie den Krankenhäusern wahlweise oder ergänzend zur Übernahme von Zins und Tilgung anzubieten.

(C)

(Trinius (SPD): Und die Deckung?)

Mit diesen 50 Millionen DM könnte ein zusätzliches Investitionsvolumen von 600 Millionen DM im folgenden Jahr angestoßen werden.

(Schmidt (SPD): Das ist doch nicht seriös!)

Das wäre sowohl für die Krankenhäuser als auch für die Patienten und die Bauarbeiter, die heute arbeitslos sind, ein großer Durchbruch nach vorn.

(Zustimmung bei der CDU - Schmidt (SPD): Unseriös!)

Wir appellieren an alle Fraktionen in diesem Hause, diesem Antrag ihre Zustimmung zu geben.

Vor dem Hintergrund der zahlreichen Kürzungen ist es ganz unverständlich, wenn man sieht, wie auf der anderen Seite von dieser Regierung immer noch Geld verschleudert wird.

(Schmidt (SPD): Jetzt bin ich gespannt!)

Da gibt es nun schon im dritten Jahr das Programm "Sozialverträgliche Technikgestaltung".

(D)

(Schmidt (SPD): Das ist doch nicht schlecht.)

Dafür stehen rund 15 Millionen DM im Haushalt. Es ist sicherlich sinnvoll, wie das Herr Kollege Farthmann einmal vor zwei Jahren hier im Plenum gesagt hat, wenn das Land einen Beitrag leistet, um gesundheitliche Gefahren neuer Techniken oder ihre Auswirkungen auf die Arbeitsplätze zu untersuchen.

(Schmidt (SPD): Und nicht nur das!)

Dem haben wir auch immer zugestimmt.

Was aber tatsächlich unter dem Deckmantel dieses Programms geschieht, ist teilweise etwas völlig anderes. Ich will Ihnen nur einmal zwei Beispiele dafür vortragen, was da geschieht. Da gibt es beispielsweise ein Projekt "Sozialökonomische Technikfolgenabschätzung für die derzeitigen fernmeldepolitischen Pläne der Deutschen Bundespost - Sammlung und Erarbeitung von Vorschlägen

(Arentz (CDU))

- (A) und Optionen für einen breiteren technologischen Bürgerdialog". Meine Damen und Herren, dafür hatte das Land im vorigen Jahr immerhin 460 000 DM zur Verfügung.

(Trinius (SPD): Das fordert doch die CDU auch! - Wolf (SPD): Was ist denn daran so schlimm?)

Ich nenne ein zweites Beispiel unter der stolzen Überschrift "NRW 2000": "Wirtschaft, Beschäftigung, Qualifikation und neue Techniken - Erarbeitung alternativer Szenarien und Gestaltungsvarianten gesellschaftlicher Entwicklung". Gegenstand ist die Erarbeitung von Szenarien über die zukünftige Entwicklung der Wirtschaft, der Beschäftigung und der Qualifikation beim breiten Einsatz neuer Techniken. Kosten: 532 000 DM!

Meine Damen und Herren, solange Sie in diesem Lande die 4 Millionen DM zur Förderung der Adoptionsvermittlung streichen, halten wir es für skandalös, wenn Sie für solche Programme soviel Geld ausgeben. Dann müssen Sie die Prioritäten in diesem Lande einmal richtig setzen.

(Zustimmung bei der CDU - Trinius (SPD): Hören Sie doch auf! - Wolf (SPD): Typisch CDU: nicht über den Tag hinausdenken!)

Tatsache aber ist, daß Ihnen für ideologische Spielereien

(B)

(Widerspruch bei der SPD - Elfring (CDU): Sehr richtig!)

und für die Förderung von politischen Freunden, Genossen und Spezis natürlich immer noch genügend Geld in diesem Lande zur Verfügung bleibt.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P. - Erregter Widerspruch bei der SPD)

Schauen wir uns doch einmal das Institut "Arbeit und Technik" an. Dafür haben Sie auch 1,5 Millionen DM zur Verfügung. Allein der Stellenplan spricht doch Bände. Da sollen 15 Wissenschaftler, höhere und gehobene Beamte eingestellt werden, aber nur eine einzige Sekretärin, eine Schreibkraft. Sie müssen ja von der Produktivität dieses neuen Instituts ungeheuer überzeugt sein, wenn Sie solche Stellenpläne beschließen.

(Zustimmung bei der CDU - Schmidt (SPD): Kleinkariert!)

Aber ich gebe zu: Kritische Fragen sind da weder erwünscht noch erlaubt. Wir halten es

für eine Zumutung, daß sich die SPD im Ausschuß schlicht geweigert hat, auch nur einen Sperrvermerk für dieses dubiose Institut vorzusehen.

(Kuschke (SPD): Ich komme noch zu dem, was Sie im Ausschuß gemacht haben!)

Wir halten es ebenso für eine Zumutung, daß Sie sich im Ausschuß geweigert haben, die Gruppe B der Abteilung III des Ministeriums einer Aufgaben- oder Funktionskritik unterziehen zu lassen. Diese Gruppe ist für die Rahmenplanung - Rahmenplanung! - aller möglichen Fachbereiche zuständig, für die es in demselben Ministerium aber ganze Abteilungen gibt. Offensichtlich handelt es sich um ein riesiges verschleiertes Ministerbüro oder um eine riesige sozialdemokratische Anti-Bonn-Bürokratie, die auf Kosten des Steuerzahlers der sozialdemokratischen Bekämpfung unserer Bundesregierung dient.

(Trinius (SPD): Dann ist die Bonner Bürokratie eine Anti-NRW-Bürokratie. - Wolf (SPD): Papiertiger!)

- Bevor Sie "Papiertiger!" rufen, sollten Sie sich einmal sachkundig machen. Dann werden Sie sehen, daß es diese Abteilung erst seit Ende 1982 gibt. Vielleicht werden Sie dann nachdenklicher.

Aber dafür, meine Damen und Herren, ist ja immer noch genug Geld da, während für die Obdachlosenfürsorge und andere soziale Leistungen die Mittel auf Null gestrichen wurden. Ich sage Ihnen hier in aller Deutlichkeit: Sie lassen die kleinen Leute bluten und bedienen sich selbst hemmungsloser als je zuvor.

(Zustimmung bei der CDU - Zurufe der Abgeordneten Champignon und Schmidt (SPD))

Zu den großen Opfern sozialdemokratischer Politik in Nordrhein-Westfalen gehört die Arbeit unserer Wohlfahrtsverbände und Selbsthilfegruppen.

(Wolf (SPD): Krokodilstränen, Herr Arentz!)

Den härtesten Schlag haben Sie 1981 geführt, als Sie die Spielbankgewinne im wesentlichen zur Staatseinnahme gemacht haben.

(Schultheis (SPD): Wir haben ja keine Bundesbankgewinne!)

(Arentz (CDU))

- (A) Herr Posser, der gerade den Saal verläßt, sitzt seitdem als der größte Profiteur mit am Spieltisch, wenn die Kugel rollt.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und F.D.P.)

Bis zum heutigen Tage sind allein durch diesen Gesetzesschnitt der Wohlfahrtspflege 163 Millionen DM entzogen worden.

(Elfring (CDU): Hört, hört!)

Herr Rau sagte heute morgen, wenn die Zeiten gut seien, seien sie richtig, um auch in der Sozialpolitik mehr zu tun. Dann folgen Sie der Aufforderung Ihres Ministerpräsidenten und stimmen sie unserem Antrag zu, der Stiftung "Wohlfahrtspflege" im kommenden Jahr die Spielbankgewinne wieder voll und ganz zufließen zu lassen!

(Zustimmung bei der CDU)

Wir appellieren wirklich sehr herzlich an jedes einzelne Mitglied in diesem Hause, diesem Antrag seine Zustimmung zu geben. Von der Zustimmung zu unserem Antrag haben die Alten und Behinderten in Nordrhein-Westfalen mehr als von allen sozialdemokratischen Sozialattacken gegen die Bundesregierung und die CDU.

(Zuruf des Abg. Schmidt (SPD))

- (B) - Daß du das nicht weißt, wundert mich nicht.

Unzureichend ist auch in diesem Jahr wieder die Förderung der Wohlfahrtsverbände und der Sozialstationen. Die Anhebung der Pauschaldotationen in Höhe von rund 3 Millionen DM ist kein Ersatz für die jahrelange Kürzung dieser Mittel und für die gleichzeitig kräftig gewachsenen Aufgaben der Verbände.

Noch schlimmer sieht es bei den Sozialstationen aus. Seit 1978 keine Erhöhung der Mittel pro Fachkraft, festgeschrieben auf 9 000 DM pro Fachkraft!

(Schmidt (SPD): Aber flächendeckend!)

- Ja, flächendeckend, weil ihr seit Mitte der 70er Jahre einen völlig absurden Schlüssel von einer Fachkraft pro 5 000 Einwohner im Gesetz festgeschrieben habt.

(Zuruf von der SPD: Stimmt doch gar nicht!)

Jeder, der mit der Materie zu tun hat, jeder Praktiker, sagt, daß dies in keiner Weise ausreicht, um mit den Problemen fertig zu werden.

Wir sagen in der Sozialpolitik: Ambulant geht vor stationär. - Was hier an den Sozialstationen gespart wird, führt zu erheblich höheren Kosten im Bereich von Heimen und Krankenhäusern, ist unmenschlich und kein Betrag zu einer zukunftsorientierten Sozialpolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Kostenbewußtsein und Menschenwürde verlangen einen besseren Ausbau unserer ambulanten Hilfe, also unserer Sozialstationen. Ganz unverzichtbar ist dabei die Mobilisierung von mehr privater Hilfsbereitschaft. Hier können die Verbände und die Sozialstationen Hervorragendes leisten.

Wir sind ganz sicher, daß wir in Zukunft in einer sozialpolitisch unbezahlbaren und darüber hinaus menschlich kalten Gesellschaft landen werden, wenn wir nicht viel stärker als bisher die Bereitschaft des Bürgers, sich ehrenamtlich nachbarschaftlich sozial zu betätigen,

(Sehr richtig! bei der CDU)

auch als Land Nordrhein-Westfalen nachhaltig fördern.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben Erfahrungen beispielsweise im Lande Berlin. In Berlin haben sich auf einen Aufruf des Senats innerhalb von drei Monaten 2 000 Menschen gemeldet, die gesagt haben: Jawohl, ich will meinem Nächsten helfen. - Die wollen kein Geld dafür haben. Die wollen vielleicht ein öffentliches Wort der Anerkennung dafür. Die wollen wissen, wo sie helfen können. Unsere Aufgabe sollte es sein, diejenigen, die Hilfe geben wollen, und diejenigen, die Hilfe suchen, zusammenzubringen.

(Schmidt (SPD): Endlich mal etwas Gescheites!)

Aber auch in diesem Punkte ist bis zum heutigen Tag keine einzige Initiative dieser Landesregierung, dieser Landtagsmehrheit zu erkennen.

(Schmidt (SPD): Wieso denn nicht?)

Mit großer Sorge haben wir im laufenden Jahr feststellen müssen, daß die Landesregierung bereits in der Mitte des Jahres den Sprachförderunterricht für Aussiedlerkinder eingestellt hat, weil die Mittel nicht ausreichten.

(Schmidt (SPD): Und jetzt? Jetzt aber ehrlich sein!)

(Arentz (CDU))

- (A) Wir begrüßen es deshalb um so mehr, daß die Landesregierung im nachgeschobenen Teil des Haushaltsentwurfs unsere Anregung aufgegriffen hat, für diesen Zweck 1987 Mittel in ausreichender Höhe bereitzustellen.

Die sprachliche Förderung der Aussiedlerkinder, die hier zu uns kommen, muß als eine wichtige Aufgabe unserer Solidarität mit den Deutschen aus den Ostgebieten begriffen und wahrgenommen werden.

(Allgemeiner Beifall)

Die nationale Identität der Deutschen unter den Jugendlichen zu fördern, ist die Aufgabe des Schülerwettbewerbs "Deutschland und seine östlichen Nachbarn". Ich habe in den 60er Jahren selber mehrfach an diesem Wettbewerb teilgenommen

(Schmidt (SPD): Hat nichts gebracht!)

und dadurch als geborener Kölner ohne familiäre Bindungen nach Mittel- und Ostdeutschland zum erstenmal mehr über den Teil Deutschlands erfahren, der jenseits von Mauer und Stacheldraht liegt.

(Schmidt (SPD): Ist auch wichtig!)

Ich meine, daß diese Aufgabe eine Daueraufgabe ist und auch noch heute vor uns steht.

(Zustimmung des Abg. Schmidt (SPD))

- (B) Wir hören deshalb mit großer Sorge Pläne aus der Landesregierung, diesen Schülerwettbewerb von der Zielsetzung her grundlegend zu verändern und von der Anbindung aus dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales herauszunehmen und dem Kultusminister zu übertragen.

(Schmidt (SPD): Auch das wäre nicht schlecht!)

Wir werden dieses Vorhaben mit äußerster Sorgfalt und Aufmerksamkeit verfolgen.

(Kuschke (SPD): Nennen Sie doch mal die Zielrichtung!)

Wir sind davon überzeugt, daß in den nächsten Jahren die Pflege des Bewußtseins der nationalen Identität bei den jungen Menschen an Bedeutung zunehmen wird. Hier dürfen wir nicht weniger, sondern hier müssen wir mehr tun. Ein gesundes nationales Selbstbewußtsein ohne Überheblichkeiten und der Gedanke der deutschen Einheit müssen das gemeinsame Ziel aller Fraktionen in diesem Landtag sein.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile nunmehr Herrn Abg. Kuschke für die Fraktion der SPD das Wort.

(Abg. Dr. Schaumann (F.D.P.) verläßt seinen Platz, um sich zum Rednerpult zu begeben.)

- Mir ist hier Herr Kuschke genannt worden. Haben Sie etwas anderes vereinbart? - Dann also Herr Kuschke, bitte schön.

Kuschke (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte eigentlich - und ähnlich ging es meinen Kolleginnen und Kollegen - erwartet, daß wir gerade bei der Diskussion über den Einzelplan 07, bei der Diskussion über den Haushalt des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales, hier eine offene, ehrliche und faire Auseinandersetzung bekommen würden.

(Schmidt (SPD): Die Zeiten sind vorbei!)

Was hier von Herrn Arentz geboten worden ist - und ich befürchte, daß das gleich so weitergehen wird -, war aber nichts anderes als die Wiederauflage von Wahlkampfarien, von billiger Polemik und von Verdrehungen und Fälschungen.

(Beifall bei der SPD)

Und Sie müssen sich nicht wundern, wenn die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes demnächst fragen:

(Hentschel (SPD): Aber wie?)

Meinen Sie das eigentlich ernst, wenn Sie von der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit sprechen? Wie halten Sie es eigentlich mit der Gesundheitspolitik in diesem Lande? Und wie wollen Sie die soziale Situation der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes verbessern?

Ihre Aufgabe als Opposition wäre es heute doch gewesen, eine nüchterne Bestandsaufnahme zu liefern und Perspektiven für eine zukunftsorientierte Arbeits-, Gesundheits- und Sozialpolitik vorzulegen.

(Zuruf von der SPD: Wohl wahr!)

Sie hätten darlegen müssen, Herr Kollege Arentz, wie trotz Knappheit in den öffentlichen Kassen Bewährtes erhalten und Neues aufgebaut werden kann. Nichts davon haben wir heute gehört, statt dessen eine Fortsetzung des Kaputtredens und der Miesmacherei.

(Beifall bei der SPD)

(Kuschke (SPD))

- (A) Sie müßten doch eigentlich wissen, an vorderster Stelle Herr Kollege Dr. Worms, daß eine solche Politik bei den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes nicht ankommt. Wir hätten hier auch einige klärende Worte von der CDU und vor allen Dingen von Ihnen, Herr Arentz, erwartet

(Reichel (F.D.P.): Warten Sie bis zum 25. Januar!)

- zu Ihnen komme ich gleich, Herr Reichel -, die deutlich machen, ob und worin Sie sich noch von der F.D.P. unterscheiden, einer Partei, die an sozialer Kälte und Rücksichtslosigkeit nicht zu überbieten ist.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

- Nun beruhigen Sie sich doch! Weihnachten ist ja bald.

Sie beabsichtigen doch, nachher hier ein Theater mit einer namentlichen Abstimmung aufzuziehen. Ich nenne es einmal Theater. Wissen Sie, was wir demnächst machen werden? Wir werden im Ausschuß beantragen, daß wir über Änderungsanträge der F.D.P. namentlich abstimmen, damit wir auch einmal festhalten können, wie hilflos und zerstritten die CDU ist und wie die Haltung zu diesen Anträgen aussieht.

(Beifall bei der SPD - Rüsenberg (CDU): Können Sie das noch einmal erklären?)

(B)

- Herr Rüsenberg, wenn Sie weniger dummes Zeug über den Schutz des ungeborenen Lebens schwätzen würden,

(Beifall bei der SPD - Bensmann und weitere Abgeordnete der CDU: Unverschämt!)

sondern sich statt dessen mal zu den Unverschämtheiten der Anträge der F.D.P. im Ausschuß äußern würden, dann könnte ich mir unsere Diskussion hier etwas lebhafter vorstellen.

(Beifall bei der SPD - Schmidt (SPD): Alles ablehnen! - Rüsenberg (CDU): Sie sollen das nur einmal erklären.)

Kürzung der Bezüge der Beamten und Angestellten - einmal abgesehen davon, daß ich nicht weiß, wie Sie das rechtlich eigentlich machen wollen - ,

(Schmidt (SPD): Das ist herrlich pauschal, läßt sich gut machen!)

Streichung der Zuschüsse zur Unterstützung von Arbeitslosenzentren,

(Schmidt (SPD): Jawohl, weg damit!)

Streichung der Erhöhung für die Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer,

(Schmidt (SPD): Brauchen wir auch nicht!)

Streichung der Zuschüsse, Herunterfahren auf Null für Sozialräume von weiblichen Auszubildenden

(Schmidt (SPD): Richtig, weg damit!)

- kein einziges Wort der Distanzierung von der CDU hierzu,

(Schmidt (SPD): Nein, haben wir nicht gehört!)

sie wußte noch nicht einmal, wie sie abstimmen sollte.

(Rüsenberg (CDU): Sie lügen jetzt!
- Zuruf von der SPD: Protokoll nachlesen!)

- Herr Rüsenberg, Ihnen und Ihren Kolleginnen und Kollegen spreche ich ab, überhaupt noch das Wort von Karl Arnold in den Mund zu nehmen.

(Beifall bei der SPD - Bensmann (CDU): Das ist wohl das Letzte!)

Ihre Partei hat nichts, aber auch gar nichts mehr mit dem Vermächtnis von Karl Arnold zu tun,

(Bensmann (CDU): Unverschämt und arrogant!)

der der CDU und auch uns als Partei aufgegeben hat, dafür zu sorgen, daß Nordrhein-Westfalen das soziale Gewissen in der Bundesrepublik bleibt.

(Rüsenberg (CDU): Und was habt ihr daraus gemacht?)

Meine Damen und Herren! Wir reden hier auch über eine zwanzigjährige Bilanz sozialdemokratischer Politik in Nordrhein-Westfalen,

(Bensmann (CDU): Negativbilanz!)

die sich sehen lassen kann.

(Zuruf von der CDU: Wo denn?)

(Kuschke (SPD))

- (A) Auch im Haushalt 1987 wird das wieder der Fall sein.

(Gregull (CDU): Man sieht es!)

Zählt man alle sozialen Ausgaben im Landeshaushalt zusammen, ergibt das eine Summe von rund 8 Milliarden DM; 1969 waren es noch 2,5 Milliarden DM.

(Arentz (CDU): 8 Milliarden DM?)

Ich meine, daß das schon eine stolze Bilanz ist. Die notwendige Haushaltskonsolidierung wurde nicht mit einem Sozialabbau verbunden.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Kuschke, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Kuschke (SPD): Nein, im Augenblick nicht.

(Arentz (CDU): Das kann ich mir denken, weil Sie lügen.)

Das läßt sich auch an Einzelbeispielen belegen. Im Einzelplan 07 sind für Behinderte 258 Millionen DM veranschlagt. Vor wenigen Jahren noch gab es keine einzige vom Land geförderte Werkstatt für Behinderte; heute sind es 86 mit über 23 000 Plätzen.

Im Einzelplan 07 sind über 100 Millionen DM an sozialen Leistungen für alte Menschen veranschlagt. Das ist 15mal soviel wie 1966, als Sozialdemokraten hier die Regierungsverantwortung übernahmen.

(B)

(Schmidt (SPD): Trotzdem weiter miesmachen!)

Hinzu kommen Mittel aus dem Wohnungsbauetat. In den letzten Jahren waren das pro Jahr 100 Millionen DM.

(Gregull (CDU): Aus der Staatskanzlei auch noch was!)

Bei den Investitionen sind die Pro-Kopf-Ausgaben in Nordrhein-Westfalen die höchsten aller Flächenländer. 1985 waren es 30 % mehr als in Bayern und Baden-Württemberg - Sie hören diese Vergleiche ja so gern -, 70 % mehr als in Rheinland-Pfalz, 3,5mal soviel wie in Niedersachsen

(Schmidt (SPD): Nur nicht hinhören!)

und etwa 70mal soviel wie in Schleswig-Holstein. Ich würde mir wünschen, daß Sie Ihre Vergleiche zu Bayern und Baden-Württemberg auch einmal um diesen Bereich erweitern würden.

(Schmidt (SPD): Das wollen die aber nicht hören.)

Das Ergebnis ist eine Versorgung der alten Menschen mit über 100 000 Altenheim- und Pflegeplätzen.

(Schmidt (SPD): Das ist wohl gar nichts!)

Seit 1978 haben wir ein flächendeckendes Netz von Sozialstationen aufgebaut. Kollege Arentz, ich sage es zum wiederholten Male: Es freut mich ja, daß Sie ein so starker Vertreter der Interessen von Sozialstationen sind. Nur, geben Sie doch auch einmal zu, daß Sie das einmal eine Zeitlang ganz, ganz anders gesehen haben. Da waren Sozialstationen für Sie die Vorhut des Kommunismus in der Bundesrepublik Deutschland.

(Kampmann (CDU): Sie fühlen sich aber überlegen.)

Das war doch der Standpunkt, von dem Sie abgerückt sind. Das ist Ihr gutes Recht; aber Sie sollten dann zumindest anerkennen, welche Arbeit auf diesem Gebiet geleistet worden ist.

Wir erhöhen die Zuschüsse an die Fachseminare für Alten- und Familienpflege auf Antrag der SPD-Fraktion um 1 Million DM auf 5,5 Millionen DM. Das bedeutet, daß wir vom Land den Zuschuß von bisher 1 670 DM im Jahr auf 2 000 DM pro Kopf erhöhen können und damit eine Verringerung des Schulgeldes bei den Schülerinnen und Schülern erreichen.

In Nordrhein-Westfalen leben über 1 Million Ausländer. Wir sehen eine besondere soziale Verpflichtung auch in der Eingliederung der ausländischen Mitbürger. Die Gesamtausgaben für diesen Bereich in den 10 Jahren von 1976 bis heute belaufen sich auf über 110 Millionen DM. Die Pro-Kopf-Ausgaben sind deutlich höher als in allen CDU-regierten Flächenländern: 50 % höher als in Baden-Württemberg, nahezu doppelt so hoch wie in Bayern und 6,5mal so hoch wie in Rheinland-Pfalz.

(Bensmann (CDU): Woher haben Sie die Zahlen?)

- Die können Sie überall nachlesen, Herr Bensmann.

(Bensmann (CDU): Ich möchte es gern wissen.)

Wenn Sie als Interessenvertreter von Vertriebenen auftreten, finde ich, gehört dazu auch, daß man die berechtigten Interessen von ausländischen Mitbürgern hier nennt.

(Beifall bei der SPD - Bensmann (CDU): Das habe ich doch gar nicht bestritten.)

(Kirschke (SPD))

- (A) Wir lassen uns das nicht kaputtmachen, wir lassen uns das auch nicht miesmachen.

(Gregull (CDU): Das ist mies, das braucht nicht miesgemacht zu werden.)

Herr Kollege Arentz, ich sage in aller Deutlichkeit - und wir werden das im Ausschuß demnächst auch weiterführen -:

(Arentz (CDU): Passen Sie auf!)

Wir verwehren uns gegen den Versuch, mit falschen Zahlen, mit Unterstellungen den Eindruck von Sozialabbau im Lande zu erwecken.

(Schauerte und weitere Abgeordnete der CDU: Welche Zahl ist denn falsch?
- Bensmann (CDU): Belegen Sie das mal!)

- Sie können nachher darauf eingehen.

(Gregull (CDU): Nein, sofort!
- Bensmann (CDU): Sie können nicht einfach etwas behaupten!)

Wir geben zu, daß in einigen Bereichen Investitionsausgaben gesenkt worden sind.

(Schauerte (CDU): Peinlich, peinlich!
- Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- (B) Wer das aber beklagt, ist scheinheilig; denn große Anteile der Landesleistungen entfielen bis Ende der 70er Jahre auf investive Maßnahmen. Wenn die Infrastruktur aufgebaut ist - Herr Schauerte, Sie als vermeintlicher Haushaltspolitiker müßten das eigentlich wissen -,

(Bensmann (CDU): Nein, daß ist einer!
- Schauerte (CDU): So sieht einer aus!)

sinken vernünftigerweise auch die Investitionsausgaben. Wer uns hier Kürzungen im sozialen Bereich vorwerfen will, der sollte lieber in CDU-regierte Länder gucken. Wo nehmen Sie eigentlich die Frechheit her, Herr Kollege Arentz, vorhin in Ihrer Rede Maßstäbe anzulegen an sozialdemokratische Politik im Lande Nordrhein-Westfalen, denen Sie doch auf Bundesebene überhaupt nicht gerecht werden?

(Beifall bei der SPD - Schauerte (CDU): Das hat heute schon einer gesagt!
- Arentz (CDU): Ein Beispiel!)

Lassen Sie uns zum Bereich der Krankenhausfinanzierung kommen.

Für die Ausgaben nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz

(Arentz (CDU): Das ist eine Unverschämtheit; Sie tragen permanent Diffamierungen vor! - Weitere Zurufe - Glocke des Präsidenten)

- ach, was können Sie sich aufregen. - sind für 1987 1,26 Milliarden DM veranschlagt. Hinzu kommen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 700 Millionen DM.

(Zurufe von der CDU: Nennen Sie doch Zahlen!)

- Sie wollen die Zahlen ja hören; jetzt kommen sie. Für neue Investitionsmaßnahmen stehen 800 Millionen DM zur Verfügung. Hinzu kommen 460 Millionen DM für pauschale Förderung der Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter. Insgesamt ergibt dies einen Rahmen für neue Investitionsmaßnahmen von 1,26 Milliarden DM.

(Arentz (CDU): Das ist weniger als im letzten Jahr! Das wissen Sie doch auch!)

Die Behauptung, daß das Land gegenüber den Krankenhäusern seinen finanziellen Verpflichtungen nicht nachkomme, ist schlichtweg lächerlich. Von 1972 bis heute wurden 14,7 Milliarden DM bereitgestellt.

(Gregull (CDU): Fragen Sie einmal die Antragsteller, was die dazu sagen!)

Zum Vergleich einige Zahlen: in Schleswig-Holstein 1,6 Milliarden DM, in Rheinland-Pfalz 3,3 Milliarden DM, in Niedersachsen 5 Milliarden DM. Auch umgerechnet auf die Aufwendungen pro Einwohner und Jahr liegt zum Beispiel Baden-Württemberg um 10 %, Schleswig-Holstein um 30 % hinter Nordrhein-Westfalen.

Wenn es Versäumnisse gibt, Herr Kollege Arentz, dann in der Finanzierung des Bundes. In den letzten Jahren ist der Bundesanteil an den Förderausgaben immer stärker zurückgegangen.

(Schauerte (CDU): Das ist nicht wahr!)

1984 betrug er gerade noch 20 %. Dadurch ist in allen Ländern - unterhalten Sie sich mit den Kollegen aus den anderen Landtagsfraktionen Ihrer Partei - ein Investitionsstau entstanden.

(Zuruf von der CDU: Glauben Sie das denn jetzt selber?)

(Kuschke (SPD))

- (A) Im vergangenen Jahr hat sich der Bund aus der Krankenhausfinanzierung endgültig verabschiedet. Er hat den Bundesländern auf anderen Gebieten einen finanziellen Ausgleich gewährt, aber, Herr Gregull, dieser Ausgleich hilft uns bei weitem nicht, den Antragsstau, der sich in dieser Zeit angesammelt hat, abzubauen.

(Gregull (CDU): Nordrhein-Westfalen hat aber doch zugestimmt!)

Das Gerede von dem angeblichen Sozialabbau in Nordrhein-Westfalen soll von Ihrem sozialen Kahlschlag in Bonn ablenken - nichts anderes ist damit gemeint.

(Zustimmung bei der SPD)

Bei der Frage, wen die von Ihnen geführte Bundesregierung eigentlich nicht gebeutelt hat, kommt man nicht zu so ganz vielen Teilen der Bevölkerung. Im wesentlichen sind es die Unternehmer, die von Ihnen verschont worden sind.

(Aigner (SPD): Aber nur die großen!)

Sie verkaufen die Preisstabilität und Sie verkaufen Lohnzuwachs als die sozialpolitische Tat des Jahres 1986. Sie müssen sich einmal ansehen, wie der reale, durchschnittliche Nettolohn pro Beschäftigten aussieht und wie die Senkungsquoten in diesem Bereich von 1982 bis 1985 aussehen. 1985 war dieser Nettolohn um 5 % niedriger als 1980. Das konnte auch der Reallohnzuwachs nicht auffangen.

(B)

Auch 1986 ist die Abgabenbelastung um 17,3 % gestiegen; die durchschnittlichen Lohn- und Gehaltsabzüge einschließlich der Sozialbeiträge sind ebenfalls gestiegen. Nach den Plänen der Bundesregierung werden es 1990 34,6 % sein. Mittlerweile - im Jahre 1986 - haben wir 32,5 % erreicht.

Mit der von Ihnen angekündigten Steuerreform, an der Sie ja wohl festhalten wollen, wird die Umverteilung von unten nach oben weiter fortgesetzt.

(Reichel (F.D.P.): Absoluter Blödsinn!)

- Herr Reichel, ich stimme Ihnen in diesem Punkte einmal zu. Ich halte die Umverteilung, die Sie betreiben, auch für Blödsinn.

(Gregull (CDU): Das wird noch nicht wahrer, wenn man es wiederholt!)

Wie ausgeprägt dies im letzten Jahr war, zeigt sich auch an folgender Zahl: Der Anteil der

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen sank von 73,8 % im Jahre 1982 auf 70 % im Jahre 1985, und - was niemanden mehr verwundert - der Anteil der Einkommen aus Unternehmertätigkeit stieg von 21,4 % im Jahre 1982 auf 25,2 % im Jahre 1985.

(Arentz (CDU): Das sind all diejenigen, die bei Ihnen Mitglied sind! - Zurufe von der CDU: Neidhammel!)

Wenn wir heute von Sozialpolitik reden, dann dürfen wir die massiven Kürzungen der Sozialleistungen aus den Jahren 1983 und 1984, die die von Ihnen geführte Bundesregierung vorgenommen hat, allerdings nicht vergessen.

(Gregull (CDU): Das Kindergeld für Arbeitslose hat die SPD gestrichen!)

Diese Kürzungen belaufen sich innerhalb der letzten drei Jahre auf 55 Milliarden DM. Dabei ist die Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Sozialbeiträge noch nicht einmal mitgerechnet.

Zu den gravierendsten Kürzungen zählen wir die Leistungseinschränkung bei der Arbeitslosenunterstützung.

(Zuruf der Frau Abg. Hieronymi (CDU))

Ich hätte hier einmal ein deutliches Wort, Frau Hieronymi, der Distanzierung von Frau Nölle-Neumann erwartet, denn bislang haben wir den Eindruck, daß Sie als Partei die Aussage von Frau Noelle-Neumann, daß die Hälfte der Arbeitslosen nicht ernsthaft an einer Arbeit interessiert sei, auch noch unterstützten.

(Schauerte (CDU): Verleumdung!)

Wir müssen feststellen, daß mehr als 2 Millionen Menschen gegen ihren Willen von einer beruflichen Tätigkeit ausgeschlossen sind. Rechnen wir noch die stille Reserve hinzu, dann beträgt diese nach Mitteilung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit derzeit 1,1 Millionen Menschen, also über 3 Millionen Menschen, die derzeit arbeitslos sind. Sie hören es zum tausendsten Mal: eine wesentlich höhere Arbeitslosigkeit, als wir sie 1982 unter sozial-liberaler Regierung hatten.

(Gregull (CDU): Da war die Talfahrt in vollem Gange!)

Durch die Untätigkeit in der Arbeitsmarktpolitik bürdet der Bund dem Land Nordrhein-Westfalen zusätzliche Lasten auf.

(Aigner (SPD): Aber dafür senken sie die Vermögenssteuer!)

(Kuschke (SPD))

- (A) Er verlagert die Kosten der Arbeitslosigkeit auf die Gemeinden. Bei Ihren tränenreichen Ausführungen zur Finanzierung der Gemeinden durch das Land Nordrhein-Westfalen hätten Sie eigentlich auch eine Bemerkung darüber verlieren können, wie der Bund die Gemeinden im Stich läßt, wenn es darum geht, die Aufwendungen für die Hilfe zum Lebensunterhalt aufzubringen.

(Bensmann (CDU): Reden Sie doch einmal zum Einzelplan 07!)

Diese Aufwendungen stiegen von 5,5 Milliarden DM im Jahre 1982 auf wahrscheinlich 8,3 Milliarden DM in diesem Jahr. Hauptgrund dafür sind die Kosten der Arbeitslosigkeit.

Das Land Nordrhein-Westfalen setzt eindeutig einen Schwerpunkt in der Arbeitsmarktpolitik. Mit dem Landesprogramm sind 1987 auch in den Einzelplänen 07 und 08 insgesamt 450,2 Millionen DM veranschlagt. Hinzu kommen 253 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen.

- Ich weiß, daß Ihnen die Zahlen wehtun. Diese Zahlen sind überall nachzulesen. Sie machen deutlich, welche Anstrengungen dieses Land im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, im Bereich der Sozialpolitik und der Gesundheitspolitik unternimmt. Diese Zahlen tun Ihnen allerdings weh; Sie wollen sie nicht hören, aber Sie können nichts daran ändern, Sie werden sie hören müssen.

- (B) Von 1980 bis 1986 hat das Land bereits 2,2 Milliarden DM bereitgestellt. Trotz der Haushaltszwänge steht das Land zu seiner sozialpolitischen Verantwortung gegenüber den jungen Leuten.

Lassen Sie mich noch ein Beispiel aus den Ausschußberatungen anführen. Die F.D.P. hat in diesem Bereich eine Kürzung von insgesamt 54 Millionen DM beantragt, davon über 17 Millionen DM beim Einzelplan 07. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, da bleibt einem nichts anderes übrig, als den Vorwurf der sozialen Kälte aufrechtzuerhalten, und das tue ich.

(Zustimmung bei der SPD)

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Förderung örtlicher Beschäftigungsinitiativen nach dem Prinzip Hilfe durch Selbsthilfe, durch Beratung und Starthilfen. Da Hilfe durch Selbsthilfe ja ein Motto ist, das zumindest den Sozialpolitikern in der CDU bekannt sein dürfte - Sie können ja nicht oft genug nach dem Subsidiaritätsprinzip rufen -, hätten wir uns eigentlich gewünscht, daß Sie die Maß-

nahmen und Programme, die wir eingeleitet haben, tatkräftig unterstützten. Im Kern wird diese Information und Beratung durch die in diesem Jahr gegründete Gemeinnützige Gesellschaft zur Information und Beratung örtlicher Beschäftigungsinitiativen und Selbsthilfegruppen in Bottrop geleistet. Bereits bewährt hat sich das Programm zur Förderung von Stammkräften und zur Projektentwicklung und Begleitung von Beschäftigungsinitiativen.

Meine Damen und Herren, wir könnten diese Bilanz fortsetzen, und wir werden sie in den Beratungen auch weiterführen. Aber dies ist nicht nur eine Bilanz; es sind vielmehr auch Perspektiven für zukünftige Aufgaben der Politik. Lassen Sie uns darüber reden.

Meine Damen und Herren von der CDU-Opposition, motten Sie Ihre Möbelwagen, mit denen Sie nach Bayern und Baden-Württemberg fahren, endlich ein.

(Beifall bei der SPD)

Die in der Art einer Gebetsmühle immer wieder vorgetragene Worthölse Ihres Bundeskanzlers "in diesem unseren Lande" gilt für Sie in bezug auf Nordrhein-Westfalen bislang nicht. Hören Sie damit auf, Nebenkriegsschauplätze zu eröffnen. Lenken Sie nicht vom Sozialabbau in Bonn ab.

Der vorgelegte Einzelplan 07 einschließlich der von unserer Fraktion vorgeschlagenen Ergänzung beweist: Nordrhein-Westfalen ist und bleibt das soziale Gewissen der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der SPD - Hört, hört! bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abg. Dr. Schaumann für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

Dr. Schaumann (F.D.P.: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verehrter Herr Kollege Kuschke, Sie haben gesagt, wir seien an sozialer Kälte angeblich nicht zu überbieten.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt!)

Ich sage Ihnen zum Beweis dafür deshalb auch ganz kalt: Ihre politische, insbesondere Ihre sozialpolitische Heuchelei ist unerträglich. Sie geht mir auf den Geist.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Herr Kuschke, ich sage Ihnen noch eines: Sie kochen Ihr politisches Süppchen unter Ver-

(Dr. Schaumann (F.D.P.))

- (A) weis auf die Armut anderer. Nichts anderes tun Sie!

(Zustimmung bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU - Zurufe von der SPD)

- Herr Kuschke, ich kann Ihnen gleich belegen, wie ich das meine.

(Champignon (SPD): Erklären Sie doch einmal Ihre Anträge!)

Es hat mich heute morgen etwas bestürzt gemacht: Sozialdemokraten halten an ihrem Kurs fest, so vor Ihnen Ihr großer Vorsitzender. Das ist auch prima so. Aber es ist noch keine Qualität an sich.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Als er heute morgen seine Äußerung vom Kurshalten machte, erinnerte mich das an Achterbahnfahrten und die Gefühlslage der Insassen - nach dem Motto: Festhalten, es geht bergab!

(Beifall bei der F.D.P.)

Diese Geschichte, verehrter Herr Schmidt, wäre ja nicht weiter schlimm, wenn es nicht so folgenreich wäre, was Sie hier in Nordrhein-Westfalen mit dem Geld anderer Leute anstellen.

- (B) (Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wenn das nicht so folgenreich wäre, verehrter Kollege Schmidt, dann würde ich mit Werner Schneyder, den Sie ja auch kennen, in das "Gelächter vor dem Aus" einstimmen. So kann ich das nicht. Ich muß mich mit Ihnen ernsthaft auseinandersetzen.

(Zurufe von der SPD)

- Ich tue das.

Herr Farthmann sagt: Diese Landesregierung gibt das Geld im Interesse der Bevölkerung aus. Er hat vergessen hinzuzufügen: Das Interesse dieser Bevölkerung bestimmen selbstverständlich Sozialdemokraten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Dr. Schaumann, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Radtke?

(Dr. Schaumann (F.D.P.): Selbstverständlich, Herr Kollege Radtke.)

Radtke (SPD): Herr Kollege Schaumann, haben Sie die Absicht, uns heute auch noch zu erklären, warum Sie die Kürzungsanträge gestellt haben, mit denen Sie Jugendlichen, Behinderten und armen Menschen in diesem Lande Millionenbeträge wegnehmen wollten?

Dr. Schaumann (F.D.P.): Ich fasse Ihre Frage als einen weiteren Beweis für die Richtigkeit meines Eingangssatzes auf. Ich werde selbstverständlich dazu kommen, Ihnen unsere Kürzungsanträge zu erklären, Herr Kollege Radtke.

(Schmidt (SPD): Es wird spannend!)

- Ja. Ich meine, eine Plenarsitzung muß ja einen gewissen Anteil an Spannung enthalten, Herr Schmidt.

Ich hatte gesagt, Farthmann hat vergessen hinzuzufügen: Die Interessen der Bevölkerung dieses Landes bestimmen Sozialdemokraten. Darüber gibt es zwischen uns Streit. Sie maßen sich an, diese Interessen zu bestimmen.

(Aigner (SPD): Wir kümmern uns aber auch um die Interessen!)

- Herr Aigner, Sie sind zwar mit Mehrheit gewählt worden, aber nur mit Mehrheit, nicht mit Vollständigkeit.

(Zustimmung bei der F.D.P. - Aigner (SPD): Mit absoluter Mehrheit!)

Ich sage Ihnen einmal: Ihr sozialdemokratisches Interesse im sozialpolitischen Bereich und darüber hinaus richtet sich - erstens - vorrangig auf das Verteilen statt auf das Erwirtschaften. Das ist ziemlich klar.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Ihr Interesse richtet sich - zweitens - darauf, staatliches Handeln zu vermehren, statt eigenverantwortlicher Tätigkeit mehr Raum zu geben. Das läßt sich in sehr vielen Politikfeldern nachweisen. Ihr Interesse richtet sich - drittens - darauf, stärker in die Vergangenheit zu gucken, als sich im Blick auf die Zukunft zu rüsten. Das ist meine Wertung Ihrer Politik.

Wir haben eine andere Orientierung. Herr Radtke und Herr Schmidt und auch Franz-Josef Kniola, den ich momentan nicht sehe, der von konkreten Alternativen gesprochen hat

(Champignon (SPD): Der konnte das nicht mehr ertragen!)

(Dr. Schaumann (F.D.P.))

- (A) - jetzt hören Sie doch auf! -, wir haben Ihnen auch belegt, was geschehen könnte, wenn Sie nur wollten.

Ich komme zu unseren Kürzungsanträgen.

(Zuruf von der SPD: Wunderbar!)

Wir haben es für nötig befunden - ich kann darauf nur verweisen -, diesem Land eine Nettokreditaufnahme 1991 zu ersparen und damit eine zusätzliche Neuverschuldung zu vermeiden.

Dies führt dazu, daß wir - das sage ich jetzt auch einmal - in allen Bereichen, auch im sozialpolitischen Bereich, Kürzungen vornehmen mußten, um mit unserem generellen Vorschlag, in diesem Haushaltsjahr zwei Milliarden DM zu sparen, solide zu bleiben. Ich wollte einmal sehen, wie Sie hier herumgeturnt wären, wenn wir nur gesagt hätten, wir wollten zwei Milliarden DM einsparen, ohne Ihnen auch belegen zu können, daß das geht.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Daß das schmerzhaft ist, darüber brauchen wir uns überhaupt nicht zu unterhalten. Aber daß wir dabei notwendige, richtungweisende Orientierungen eingeschlagen haben, bestätigen Sie doch auch, nicht hier im Plenum, aber daneben. Das bestätigen Sie. Und es ist sogar Ihr Finanzminister, es ist sogar Ihr Innenminister, die bestätigen: Wir müssen diese Neuverschuldung des Landes Nordrhein-Westfalen zurückführen. Ich will dazu jetzt - -

(B)

(Abg. Trinius (SPD) meldet sich zu Wort.)

- Herr Trinius, bitte erlauben Sie mir: Ich will die ganze Kiste nicht noch einmal abfahren. Die haben Sie heute morgen schon gehört, die haben Sie gestern gehört. Aber bitte, wenn Sie möchten!

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Trinius zu einer Zwischenfrage - bitte sehr!

Trinius (SPD): Herr Kollege Schaumann, wie können Sie dann dem Hause erläutern, daß die F.D.P. darauf verzichtet hat, über Ihre Anträge in verschiedenen Ausschüssen einzeln abzustimmen, obwohl die CDU erklärt hat, einige diese Anträge seien abzulehnen, einige seien ganz sinnvoll, einige seien von vornherein verkehrt? Wie konnten Sie dann auf Einzelabstimmung in den Ausschüssen verzichten und sich mit einer pauschalen Abstimmung über Ihre offensichtlich doch wohlgemeinten Kürzungsanträge begnügen?

Dr. Schaumann (F.D.P.): Herr Trinius, was Sie behaupten, ist nicht zutreffend. (C)

(Zurufe von der SPD: Doch! - Ja! - Innenausschuß! - Wirtschaftsausschuß!)

- Ich kann Ihnen das erklären; auch dir, mein lieber Bodo Champignon, kann ich das erklären. Ich will das auch tun.

Erstens. Herr Trinius, über die Anträge der F.D.P. ist im Arbeits- und Sozialausschuß einzeln abgestimmt worden.

(Trinius (SPD): Das stimmt!)

Das können Sie dem Protokoll entnehmen. Da haben wir also Einigkeit,

(Trinius (SPD): Aber Innenausschuß!)

so daß Ihre generelle Aussage, die F.D.P. hätte darauf verzichtet, über Anträge einzeln abstimmen zu lassen, nicht zutreffend ist.

Zweitens. Mein Kollege Hagen Tschoeltsch hat im Wirtschaftsausschuß die verehrten Damen und Herren Sozialdemokraten gefragt: Sagt einmal, verehrte Freunde, wo ihr denn überhaupt noch beweglich seid. Darauf kam die Antwort: Überhaupt nirgendwo mehr. Es wäre doch geradezu pervers, sich dann noch einzeln einem Nein der SPD auszusetzen. Grund ist also Ihr Verhalten in den Haushaltsberatungen. Das hatten wir schon letztes Jahr, und das haben wir dieses Jahr wieder. Sie müssen uneinsichtig bleiben, Herr Trinius, allerdings nur bis zum 25. Januar. Danach werden wir uns einmal mit Ihnen unterhalten, was Sie denn für Rezepte haben, um diese desolate Lage, über die wir alle uns ja wohl keine Illusionen machen, zu beheben. Ich bin gespannt auf Ihre Vorschläge! (D)

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Dr. Schaumann, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Weiss?

Dr. Schaumann (F.D.P.): Nein. Ich lasse jetzt keine Zwischenfragen mehr zu und bitte um Verständnis.

(Weiss (CDU): Schade, sie hätte Ihnen sehr geholfen! - Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

- Ich wollte damit auch niemanden persönlich kränken. Ich bitte um Verständnis; aber die Funktion von Zwischenfragen - nicht Ihrer Zwischenfrage! - ist doch die, den geord-

(Dr. Schaumann (F.D.P.))

- (A) neten Ablauf des Vortrags zu unterbrechen, und ich möchte ganz gern zum geordneten Vortrag zurückfinden.

(Zurufe von der SPD)

- Ich habe doch gesagt: nicht Ihre Zwischenfrage, aber eure!

(Hardt (CDU): Jetzt sind schon drei Minuten vergangen!)

Ich komme also zurück! - Wir haben Ihnen belegt, daß das mit unserer Orientierung auf Rückführung der Neuverschuldung und Konsolidierung des Landeshaushalts geht. Sie wollten nicht, oder Sie durften jetzt noch nicht wollen - das ist eigentlich meine Wertung -; nächstes Jahr werden Sie dann wollen müssen.

Einige Anmerkungen zu wichtigen sozial- und gesundheitspolitischen Aspekten aus meiner Sicht! Der Herr Ministerpräsident und auch Ihr Herr Fraktionsvorsitzender haben heute morgen über den Begriff "soziale Gerechtigkeit" gesprochen. Ich knüpfe da an, wo ich eben geendet habe, und sage Ihnen, Herr Trinius: Ihre Haushaltspolitik - einschließlich der Folgen dieser Haushaltspolitik - ist so ziemlich das sozial Ungerechteste, was ich mir vorstellen kann. Das ist eine Politik gegen die Mehrheit der Bevölkerung dieses Landes. So werte ich das.

- (B) Dann: die Arbeitsmarktsituation. Ich habe heute sehr viel - auch in der Rede Ihres Fraktionsvorsitzenden - zu der Problematik der Arbeitslosigkeit gehört. Er hat sich allerdings vorwiegend in der Darbietung statistischen Materials erschöpft. Das ist auch in Ordnung so; da habe ich auch Übereinstimmung mit ihm. Nur: Als es dann an die Folgen ging, da hatte ich überhaupt keine Übereinstimmung mehr mit ihm. Da hat er nämlich das Schwarzer-Peter-Spiel mit dem Vorwurf an CDU und F.D.P. betrieben - und das finde ich bodenlos, hier so etwas zu behaupten -: sie, die CDU und F.D.P., karren die Arbeitslosen vor die Türen der Kommunen! Ich werde das Protokoll nachlesen.

(Dr. Worms (CDU): Das ist wörtlich so gefallen!)

- Ich habe es mir wörtlich so aufgeschrieben. Das ist ein absoluter Hammer und zeigt, daß hier ein gesellschaftlich stark beanspruchter Problembereich politisch-taktisch unbedenklich zu Zwecken benutzt wird, die mehr als dubios sind. Ich kann da nicht mitmachen!

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Ich sage auch einmal etwas zu den Äußerungen des Herrn Ministerpräsidenten, es sei ihm ein Anliegen zu fragen, ob wir den Arbeitslosen eine Perspektive geben, nicht erst ihren Kindern, sondern auch ihnen selbst. Und Franz-Josef Kniola hat vorhin wörtlich gesagt: Mir sind zwei Millionen Arbeitslose nicht gleichgültig. Aber meine verehrten Kollegen Sozialdemokraten! Tun Sie doch nicht so, damit gleichzeitig ausgrenzend, als stünden CDU und F.D.P. dafür, Arbeitslose mit Gleichgültigkeit zu betrachten. Das kann doch wohl nicht wahr sein!

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Also, ruhig formuliert: Ich sehe die Arbeitslosigkeit - und ich glaube auch, wir sehen sie übereinstimmend so - als ein erhebliches Problem unserer gesellschaftlichen Entwicklung. Ich sehe mit Ihnen allerdings diese Arbeitslosigkeit - wenn wir ruhig darüber sprechen - als ein sehr differenziertes Problem. Ich will mich mit Ihnen auch nicht über Zahlen streiten. Wir sind aber einig darüber, daß Arbeitslosigkeit zumindest nach Regionen zu differenzieren ist. Sie ist in verschiedenen Regionen einfach unterschiedlich, auch in Regionen des Landes Nordrhein-Westfalen. Ich will gar nicht diesen Nord-Süd-Vergleich anstellen, weil er nichts bringt. Trotzdem bleibt - erstens - festzuhalten: Arbeitslosigkeit ist regional differenziert.

Zweitens. Arbeitslosigkeit ist nach Branchen differenziert zu betrachten und fällt unterschiedlich aus.

(Champignon (SPD): Ja!)

- Ja, Sie nicken. Gut.

Drittens. Arbeitslosigkeit fällt nach Höhe der formalen Qualifikation unterschiedlich aus. Auch da haben wir Einigkeit.

Arbeitslosigkeit fällt schließlich ebenfalls nach Geschlecht und Alter sowie nach körperlicher und geistiger Tüchtigkeit unterschiedlich aus. Ich glaube, wir haben da Übereinstimmung.

Meine Konsequenz ist: Wenn wir da Übereinstimmung haben, müßten wir ja auch über die Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit außerordentlich differenziert nachdenken. Da fängt meine Kritik an Ihnen an. Mehr als staatliche Beschäftigungsprogramme - ich will nicht sagen, daß die gering zu bewerten sind - ist Ihnen dazu bisher auch noch nicht eingefallen. Das sage ich einmal. Ich will das gar nicht anklagend formulieren. Nur: Der Sachverhalt ist, daß uns eine gesellschaftliche

(Dr. Schaumann (F.D.P.))

- (A) Ratlosigkeit, interfraktionell sozusagen, bei der Frage "Was können wir Wirksames tun, um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen?" bisher jedenfalls nicht verlassen hat.

Es hat nach meiner Ansicht keinen Sinn, sich die Arbeitslosen gegenseitig "an den Kopf zu kloppen" - das sage ich Ihnen auch. Das ist heute morgen streckenweise passiert. Da kann ich nicht mitmachen. Das halte ich auch nicht für besonders hilfreich.

Ich sage es einmal so: Durch staatliches Handeln kann man allenfalls die Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Tätigkeit, damit aber auch für Arbeitsplätze, damit aber auch unter Umständen für einen Abbau von Arbeitslosigkeit beeinflussen. Egal, ob Bund oder Land sich jetzt mit den Federn der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit schmücken: das ist gleichermaßen unglaublich. Wenn wir nicht mehr entscheidende Vermehrungen von Arbeitsplätzen bekommen, wenn wir auf der anderen Seite nicht entscheidende Schnitte bei dem Angebot an Arbeit und dessen Verteilung machen und wenn wir drittens nicht nachdenken, welchen Stellenwert denn Arbeit in unserer zukünftigen Gesellschaft - ich meine jetzt lohnabhängige Arbeit - haben soll, dann ist das alles Kurzeffekt und hilft im letzten eigentlich nicht.

Dritter Bereich: Technische Entwicklung. Wir haben darüber im Landtag diskutiert. Sie haben einen Antrag zur sogenannten sozialverträglichen Technikgestaltung gestellt. Herr Rau hat heute morgen gesagt: Nicht alles, was man technisch machen kann, darf man auch tun. - So er wörtlich. Ich meine, der Herr Ministerpräsident hat ja sowieso die Eigenart, immer so zu formulieren, daß man ihm schlecht widersprechen kann. Das liegt entweder an der Allgemeinheit dieser seiner Formulierungen oder an der Substanzlosigkeit. Ich überlasse das Ihrer Wahl.

(B)

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Aber jetzt mal wieder sachlich!

(Zurufe von der SPD)

Sie haben diesen Antrag eingebracht, und ich habe Ihnen schon in der Debatte vor einigen Wochen gesagt: Ich bin dafür, daß wir uns als Politiker unterhalten und versuchen, uns sachkundig zu machen: Welche sozialen Voraussetzungen und Folgen hat denn technische Entwicklung, soweit wir sie überhaupt überblicken können? Aber, meine Damen und Herren Sozialdemokraten, ich sage Ihnen sehr dezidiert: Ich bin dagegen, wenn Sie hier - wie ich Sie hier so vor mir sehe - bean-

spruchen, technische Entwicklung in diesem Lande gestalten zu wollen. Mir fehlt dazu die Kompetenz, obwohl ich eine technische Grundbildung habe; das sage ich auch. Ich habe sie. Ich glaube aber, Ihnen, wenn Sie ehrlich sind, fehlt sie. Wir können uns reflektiv diesem Problem nähern, und das halte ich auch für wichtig. Dies aber kommt in dem Begriff "Technikfolgenabschätzung" klar zum Ausdruck. Mit einem solchen Instrument - ich kann es nur wiederholen - sind auch Freie Demokraten mit Sozialdemokraten einig.

Ein vierter Bereich ist das Verhältnis des Herrn Ministers und der Sozialdemokraten im allgemeinen zu den sogenannten - ein schreckliches Wort - Leistungserbringern im Gesundheitswesen. Es gibt eine Arbeitsgemeinschaft von Sozialdemokraten im Gesundheitswesen: ASG. Nach den Überlegungen dieser Arbeitsgemeinschaft soll die Selbstverwaltung der Ärzte, der Zahnärzte, der Apotheker entscheidend beschnitten werden. Sie wollen den Kammern die Möglichkeit nehmen, für berufliche Belange der angeschlossenen Mitglieder einzutreten. Dies halte ich für eine gefährliche Entwicklung bis zur Verstaatlichung eines freien Berufs.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Zweiter Punkt: Ich habe mit Interesse das gelesen, was mein Kollege Schmidt zu dem Thema "Der Patient und der Heil Auftrag des Arztes" geschrieben hat. Wir hatten ja alle dazu zu schreiben. Er schreibt:

Bei der Erfindung immer neuer Betrugsvarianten sind offensichtlich der Phantasie keine Grenzen gesetzt.

(Zuruf von der SPD: Das ist richtig.)

Betrügerische Manipulationen müssen durch stärkere Kontrollen verhindert werden. Eine besonders wirksame Kontrollmöglichkeit sind Tagesprofile.

Wenn man das, was er dort geschrieben hat, zusammennimmt mit dem, was Herr Minister Heinemann bei anderen Gelegenheiten zu diesem Problem schon geäußert hat, dann sage ich Ihnen: Sozialdemokraten wollen Kontrolle statt Partnerschaft. Es ist mit keinem einzigen Wort darauf eingegangen worden, daß die Mehrheit der Ärzte, Zahnärzte und Apotheker nicht betrügerisch sind,

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

daß sie voller Verantwortung ihren Beruf ausüben. Ich halte diese Diffamierung, die

(Dr. Schaumann (F.D.P.))

- (A) dort enthalten ist, für diesen Berufsstand für außerordentlich schädlich.

(Schmidt (SPD): Was hat denn das mit Diffamierung zu tun? Das ist Kontrolle.)

Herr Kollege Schmidt, ich sage das dann noch einmal angefügt auf Ihren Zwischenruf: In Ihrem ganzen Artikel ist nicht ein Satz - ich habe ihn daraufhin sehr sorgfältig gelesen - über die große Zahl von Ärzten, Zahnärzten und Apothekern, die - ich nehme an, das unterstellen Sie auch - in hochverantwortlicher Weise ihren Dienst an dieser Gesellschaft wahrnehmen. Nicht ein Satz steht da drin.

Ein letzter Bereich: Krankenhaus. Ich muß noch einmal auf das eingehen, was der Kollege Kuschke hier erzählt hat. Das war ja nicht nur das Märchen von den neuen Kleidern, das war das Ammenmärchen. Es war Unsinn zu behaupten, das Land habe sich aus der Finanzierung der Krankenhäuser zurückgezogen. Das Gegenteil ist richtig. Bund und Länder haben, und zwar übereinstimmend, vereinbart, daß aus der Gemeinschaftsfinanzierung eine Einzelfinanzierung der Bundesländer wird. Vielleicht ist es wichtig und als Effekt auch ganz dramatisch: Das Land Nordrhein-Westfalen hat für diese Anteile des Bundes an der Krankenhausfinanzierung mehr zurückbekommen, als der Bund früher bezahlt hat. Das ist die ganze Wahrheit.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

- (B) Mit Interesse, verehrte Damen und Herren der Sozialdemokraten, habe ich Ihr ansonsten wirklich didaktisch sehr geschickt aufgemachtes Blättchen gelesen.

(Trinius (SPD): Und informativ.)

Herr Trinius, ich will auch das nicht bestreiten, wenngleich aus Ihrer Sicht.

Ich habe da den Satz gefunden:

Die unzureichende Beteiligung des Bundes hat dazu beigetragen, daß bis 1985, dem Jahr des Ausstiegs des Bundes aus der Krankenhausfinanzierung, ein Investitionsstau von rund drei Milliarden DM entstanden ist.

Jetzt frage ich: Sie haben doch hier im Ausschuß und draußen im Lande behauptet, unsere Zahlenangaben seien absolut hirnerrig. Ich meine, wenn Sie jetzt wirklich sagen, Ihr Blättchen sei informativ und es handele sich um keine Fehlangebe, dann muß ich genau das gleiche zurückgeben. Ich möchte mich der Höflichkeit halber hier

starker Worte enthalten. Nur: unsolide ist das auf jeden Fall. Das ist die mildeste Form.

(Zustimmung und Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich will hoffen, Herr Minister, daß Ihre Antworten auf unsere Einlassung zum Krankenhausgesetzentwurf wirklich auch halten für das Frühjahr und daß Sie wirklich in Ihrem Krankenhausgesetz Bevormundung abschaffen und Eigenverantwortlichkeit ausbauen.

Erlauben Sie mir eine knappe Bemerkung zu dem Bereich freier Wohlfahrtspflege, weil ich dies wirklich als gefährdet betrachte. Ich sehe, daß die Sozialdemokraten klassische Aufgaben der Wohlfahrtspflege, die diese auch nach meiner Beurteilung bisher qualitativ hochstehend und ausgezeichnet wahrgenommen haben, schleichend aushöhlen. Ich meine diese berühmte GmbH, diese hundertprozentige Tochter des Herrn Ministerpräsidenten, die sich der Beratung von Beschäftigungsinitiativen widmen will. Sie haben diese GmbH erstens als alleiniger Gesellschafter übernommen und jetzt auch mit entsprechendem Kapital ausgestattet.

(Zuruf des Abg. Champignon (SPD))

Ich will Ihnen sagen, wenn Sie das Geld, verehrter Herr Kollege Champignon, das Sie hier hineingesteckt haben, in die globale Förderung der Wohlfahrtsverbände gesteckt hätten, auch des DPWV selbstverständlich, dann hätte dieses größere Effekte und wäre eine wirkliche Stärkung der freien Wohlfahrtspflege.

(Zuruf von der SPD: Äpfel und Birnen!)

Was Sie machen, sind Ansätze, öffentliche Wohlfahrtspflege einzurichten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ja, sicher ist das so.

(Abg. Champignon (SPD): Sie machen Obstsalat und schmeißen Äpfel und Birnen durcheinander!)

Zu Ihrer Abteilung "Ideologische Heilung", Herr Heinemann, will ich nichts sagen, das hat mein Kollege Arentz schon getan.

(Zuruf von der SPD: Wie heißt die?)

- "Ideologische Heilung".

(Zuruf von der SPD)

(Dr. Schaumann (F.D.P.))

- (A) - Nein, das haben Sie jetzt von mir gehört; so nenne ich die demnächst auf Dauer.

Ihre Redner haben uns vorgeworfen, wir hätten von Ihnen allen nichts verstanden, wir seien inkompetent, wir seien unseriös, und unsere Vorschläge seien insgesamt unsinnig.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Ihr Herr Ministerpräsident hat sich heute zwar bei Kirchenvätern rückversichert. Er wird dadurch aber nicht glaubwürdiger. Ich kann Ihnen nur zum Abschluß meines Beitrages sagen: Ihre sogenannte soziale Wärme erstickt fast alles, vielleicht auch Sie!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der CDU erteile ich Frau Abg. Hieronymi das Wort.

Frau Hieronymi (CDU): Meine Damen und Herren! Herr Präsident!

(Zurufe und Heiterkeit)

- Frau Präsidentin! - mit besonderem Vergnügen!

(Zurufe)

- (B) Meine Damen und Herren! Vorhin bei dem Beitrag des Kollegen Kuschke konnte man sich fragen, ob es in diesem Raume um den Bundeshaushalt oder um den Landeshaushalt ginge. Ich meine, wir müßten gemeinsam dafür sorgen, daß wir über den Landeshaushalt und die Probleme, die in ihm stecken, diskutieren.

(Beifall bei CDU und SPD)

Hier ist von der SPD gesagt worden, Konsolidierung ohne soziale Kürzung sei mit diesem Landeshaushalt erreicht worden.

(Zuruf von der SPD: Sozial ausgewogen! Das war's!)

Herr Kuschke, Sie und Ihre Kollegen wissen, daß beides nicht erreicht worden ist. Sie haben nicht konsolidiert. Sie haben eine Schuldenentwicklung in diesem Lande,

(Zuruf von der SPD)

die ihresgleichen sucht: 30 Milliarden DM 1980, über 90 Milliarden im nächsten Jahr.

(Zuruf von der SPD: Ist das wahr?)

100 Milliarden DM werden Sie im Jahre 1988 erreichen.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von der SPD: Das wollen Sie wohl gerne!)

Keine Konsolidierung auch in diesem Jahr! Sie verweisen auf die Rückführung der Nettokreditverschuldung in Höhe von 1,3 Milliarden DM.

(Zuruf von der SPD: Richtig!)

Sie sagen das im Zweifelsfall deshalb so laut, weil Sie meinen, daß die Bürger nicht wissen, was dieses Land in diesem Jahr gleichzeitig an Mehreinnahmen hat, nämlich 2,7 Milliarden DM Steuer Mehreinnahmen aufgrund der guten Wirtschaftspolitik in Bonn.

(Zustimmung bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Eine weitere Milliarde Mark haben Sie in diesem und im letzten Jahr den Kommunen durch Kürzungen weggenommen.

(Zurufe von der SPD)

Wo haben Sie, frage ich Sie, diese 3,7 Milliarden DM gelassen, die Sie mehr eingenommen haben, von denen Sie nur weniger als die Hälfte an Krediten zurückgeführt haben? Sie haben keine Konsolidierung erreicht;

(Zuruf von der SPD)

Sie haben nur anderen, den Gemeinden und den Steuerzahlern,

(Zuruf von der SPD: Und die Sozialhilfe?)

mehr Geld aus der Tasche gezogen und gleichzeitig die Schulden weiter erhöht.

(Zuruf von der SPD: Was war mit der Sozialhilfe?)

Zweiter Punkt - keine sozialen Leistungen gekürzt! Seit 1980 haben Sie in dem Bereich 2 Milliarden gekürzt, jedoch ohne Konsolidierung.

(Zuruf von der SPD: Hat der Arentz gerechnt?)

Und in diesem Jahr, meine Damen und Herren, hat der Ministerpräsident dieses Landes vorhin seine Sorgen über manche Entwicklungen ausgedrückt.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt!)

(Frau Hieronymi (CDU))

- (A) Ich möchte mich der gleichen Sprache befleißigen; vielleicht überzeuge ich Sie dann eher. Meine Damen und Herren, es bedrückt mich,

(Zuruf von der SPD: Ja!)

mit welcher Leichtfertigkeit in diesem Lande massive soziale Kürzungen unter SPD-Verantwortung verwirklicht werden.

(Zuruf von der SPD: Ach Gott!)

Ich werbe darum, daß Sie die Not der Menschen in diesem Lande, die dabei entsteht, ehrlicher sehen, als Sie das bisher gezeichnet haben.

(Zustimmung bei der CDU - Kuschke (SPD): Soll ich Ihnen die Telefonnummer von Herrn Blüm mal geben?)

Und es bedrückt mich, wenn ich hören muß, daß der Ministerpräsident dieses Landes meint, er könne diese Sorgen durch Geld verdecken.

Ich nenne Ihnen ein einziges Beispiel. Herr Rau hat vorhin zum Problem der arbeitslosen Jugendlichen gesagt, da müsse der Staat Geld in die Hand nehmen, um den jungen Menschen zu helfen.

(Zurufe von der SPD)

- (B) - Jawohl, nur an der richtigen Stelle, zum richtigen Zweck.

Sie laufen mit dem Schild - denken Sie mal an die jungen Leute! - des 700 Millionen-Programms vor sich her

(Zuruf von der SPD: Das ist doch was!)

und wollen damit dokumentieren, daß Sie den jungen Menschen helfen.

Schauen Sie doch einmal auf die Zahlen in diesem Land, meine Damen und Herren! Gegenüber dem Vorjahr ist trotz des 700-Millionen-Programms in Nordrhein-Westfalen der Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit der geringste in der ganzen Republik

(Zuruf von der SPD: Und die Strukturprobleme bei den Werften? - Weitere Zurufe von der SPD - Zustimmung bei der CDU)

mit 10,6 % gegenüber dem Vorjahr. Alle anderen Länder überschreiten dies: 19 % Rückgang in Niedersachsen, 27 % in Bayern, 18 % in Baden-Württemberg gegenüber den 10 % in unserem Lande.

(Zuruf von der SPD)

Dann meinen Sie, daß Sie mit Geld allein die Probleme heilen könnten, obwohl doch die Zahlen zeigen, daß wir mit viel Geld das schlechteste Ergebnis von allen Ländern erreichen. Es bedrückt mich sehr, daß unser Ministerpräsident so tut, als ob er nur das Geld zu nehmen brauchte und es genüge, ein Programm aufzulegen, und ihn gar nicht mehr interessiert, was mit dem Programm passiert, ob die Jugendlichen in Arbeit kommen oder nicht. In Nordrhein-Westfalen kommen mit viel Geld, das - und ich sage das jetzt sehr bewußt - zumindest leichtfertig in falsche Programme gesteckt wird, weniger Jugendliche in Arbeit als in allen anderen Ländern dieser Republik.

(Widerspruch und Zurufe von der SPD)

In allen Ländern ist der Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr deutlich größer - zum Teil um über das Doppelte - als in Nordrhein-Westfalen.

(Schmidt (SPD): Was meinen Sie, was Franke und Sund dazu sagen würden?)

Es bedrückt mich, wenn ich den Besuchern hier im Landtag oder den Jugendlichen draußen erklären muß, welche Widersprüche in diesem Landeshaushalt unter der Verantwortung der SPD und der Verantwortung von Herrn Rau stecken.

Meine Damen und Herren, wir hatten in Nordrhein-Westfalen - das streiten wir überhaupt nicht ab - einen hohen Versorgungsgrad an Kindergartenplätzen. Wir haben seit einigen Jahren, weil Sie die Mittel um 20 Millionen DM pro Jahr gekürzt haben, wieder Neubaugebiete, in denen Kinder in die Schule kommen, ohne daß sie vorher den Kindergarten besuchen konnten,

(Zustimmung bei der CDU)

weil keine Neubauten von Kindergärten mehr stattfinden.

Aber es geht nicht nur darum, sondern dieses Land hat nicht einmal mehr das Geld, um dringend notwendige Substanzerhaltungen durchzuführen. Wir haben Kindergärten, in denen die Kinder besser im Anorak spielen würden, weil entweder das Dach kaputt oder die Heizung ständig nicht in Ordnung ist.

(Erneute Zustimmung bei der CDU)

Wissen Sie, was diese SPD-Landesregierung den Trägern schreibt - hören Sie einmal gut zu -, wenn es um solche durch die Bauauf-

(Frau Hieronymi (CDU))

- (A) sieht geforderten Instandsetzungen geht? Ich zitiere aus einem Ablehnungsbescheid:

Nach Prüfung Ihres Antrages bin ich der Auffassung,

(Zuruf des Abg. Schmidt (SPD))

- hören Sie gut zu; das hören Sie nicht gern -

daß die Durchführung der von Ihnen beantragten Maßnahmen zwar als dringend anzusehen ist, im Moment aber trotz der Schwierigkeiten nicht unbedingt gesagt werden muß, daß der Betrieb der Einrichtung gefährdet ist.

Meine Damen und Herren, das ist die soziale Wirklichkeit in Nordrhein-Westfalen!

(Schmidt (SPD): Das ist ein Bürokrat!
- Hardt (CDU): Da werden Regenschirme ausgeteilt.)

Erst wenn unbedingt gesagt werden kann, daß der Betrieb eines Kindergartens gefährdet ist, dann hat diese Landesregierung Geld, um den Kindern zu helfen. Ansonsten müssen sie warten. Erst müssen die Kindergärten geschlossen werden.

(Hardt (CDU): Unmöglich!)

- (B) Mit dieser Begründung werden in jedem Jahr in Nordrhein-Westfalen die Anträge auf notwendige Renovierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen an Kindergärten abgelehnt.

(Hardt (CDU): Hört, hört! Das ist ein tolles Ding!)

Herr Minister Farthmann

(Champignon (SPD): Minister ist er nicht.)

a.D. - jetzt ist er offensichtlich auch Fraktionsvorsitzender a.D.; denn er ist nicht anwesend - hat darauf hingewiesen, daß das Land bei einer Reihe von Maßnahmen die höchsten Beträge im Vergleich zu anderen Bundesländern ausweist. Das ist, was den Betrag angeht, der Fall. Es ist aber nicht der Fall, was die Bevölkerungszahl und damit den Bedarf in unserem Lande angeht, meine Damen und Herren.

Die Landesregierung hat in ihrem Haushalt gesagt, daß Kinder- und Familienerholung mit Priorität durchzuführen ist. Ich zitiere aus dem Haushalt des Herrn Rau: Familienerholung ist insbesondere für kinderreiche und

junge Familien sowie Familien mit Behinderten und Alleinerziehenden vorgesehen. Das steht im Haushalt. Was tut Herr Rau? Er kürzt diesen Ansatz um über 70 %.

Wen treffen Sie damit? Die jungen Familien, die kinderreichen Familien, die Familien, meine Damen und Herren, die ein Einkommen von bis zu 1 800 DM im Monat haben und die damit gerade über dem Sozialhilfeniveau liegen. Diesen Personenkreis, die Familien der Ärmsten, die die Hilfe besonders nötig haben, treffen Sie mit Ihren Kürzungen, die praktisch die gesamte Maßnahme wegradieren.

(Zustimmung bei der CDU)

Das ist kein Einzelfall, sondern das ist in diesem Landeshaushalt System.

Wir haben nicht mehr das Geld, um dringende Neubauvorhaben zu verwirklichen, geschweige denn um Renovierungsarbeiten durchzuführen.

Wir haben - das ist das dritte Beispiel - im Bereich der Jugend- und Sozialarbeit Kürzungen, die eine Arbeit nahezu unmöglich machen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen im Bereich der Jugend- und Sozialarbeit einen Antragstau für Investitionszuschüsse in Höhe von 97 Millionen DM. Meine Damen und Herren, nun könnte man ja meinen, das seien alles neue Einrichtungen, die nicht so notwendig seien; aber 66 Millionen DM aus dieser Warteschleife sind für Instandsetzungs- und Renovierungsmaßnahmen nötig. Zur Verfügung stehen nach Auskunft des Landeshaushaltes aber 13 Millionen DM. Meine Damen und Herren, das bedeutet: Neubau ist unmöglich, und für die notwendigsten Renovierungsmaßnahmen im Jugendbereich stehen 20 % der beantragten Zuschußsumme zur Verfügung.

Wenn dies kein Kahlschlag ist! Demnächst sind Sie noch zufrieden, wenn Sie Jugend- und Sozialarbeit überhaupt nicht mehr fördern können.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine Dringlichkeitswarteliste von 134 Einrichtungen - Offenen Türen und Kleinen Offenen Türen -, die keine Förderung erhalten. Wir brauchen - wenn Sie der Meinung sind, daß wir diese Einrichtungen benötigen - nur 1,9 Millionen DM, um wenigstens die 70 % dieser Einrichtungen, die in freier Trägerschaft sind, mit Zuschüssen versehen zu können.

(Frau Hieronymi (CDU))

- (A) Meine Damen und Herren, für uns sind Investitionen in die Jugend Investitionen in die Zukunft.

(Beifall bei allen Fraktionen)

- Wenn jetzt einvernehmlich geklatscht wird, verehrte Kollegen von der SPD,

(Schmidt (SPD): Dann muß etwas verkehrt gewesen sein! - Heiterkeit bei der SPD)

dann ist das angesichts der Ablehnung aller unserer Anträge, die entsprechenden Ansätze zu erhöhen, in den Ausschußberatungen und hier im Plenum Heuchelei.

(Beifall bei der CDU - Schmidt (SPD): Welchen Antrag meinen Sie jetzt?)

Die SPD begründet ihre Kürzungen damit, es müßten andere Prioritäten gesetzt werden; man habe 700 Millionen DM für Programme für jugendliche Arbeitslose. Diese These ist heute morgen schon einmal entkleidet worden: 450 Millionen DM - nicht 700 Millionen DM - plus 500 Millionen DM VE, die Sie jeweils doppelt rechnen.

(Widerspruch bei der SPD)

Wir brauchen diesen Topf gar nicht zu verstärken. Sie haben im Landeshaushalt allein im Landesjugendplan um 12 Millionen DM gekürzt. Hätten Sie dieses Geld nicht dem Herrn Posser - der einmal wieder nicht da ist, weil er das nicht gern hören mag -

(B)

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

zur Deckung des großen Finanzlochs zur Verfügung gestellt, sondern für die Jugendarbeit, dann hätten wir nicht mehr die Warteschlange von 134 Einrichtungen, dann hätten wir nicht mehr den Antragsüberhang bei den Kindergärten.

Lassen Sie mich deshalb an dieser Stelle sagen - die Haushaltsberatung ist ja auch sicher der richtige Platz dafür -: Es geht bei der Jugendarbeit in diesem Lande um das Ziel, das wir wollen. Wollen wir die ehrenamtliche Arbeit, die Arbeit der Verbände stärken? Dann müssen wir die Verbände unterstützen und dürfen ihnen nicht jeden Ansatz kürzen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wollen wir die kleinen, ortsnahen Einrichtungen mit vielen ehrenamtlichen Kräften,

oder wollen wir die großen, zentralen Einrichtungen in diesem Lande? Wenn wir die kleinen, die ortsnahen Einrichtungen wollen, dann stellen Sie Ihren Landeshaushalt um! Orientieren Sie die Zuschüsse, die Sie geben, an den Bedürfnissen der Jugendlichen! Geben Sie sie nicht an große, zentrale Einrichtungen, sondern ortsnah, dort, wo die Menschen sie brauchen, wo sie leben. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der SPD spricht jetzt Herr Abg. Jentsch. Ich erteile ihm das Wort.

Jentsch (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Außer Spesen nichts gewesen, so könnte man die bisherigen Reden der Oppositionspolitiker hier kennzeichnen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Sehr verehrte Frau Hieronymi, Sie sollten einmal im Haushalt nachsehen: Die gesamten Sozialausgaben des Landes erhöhen sich von 7,776 Milliarden DM auf 7,969 Milliarden DM. Von Kürzungen kann also da wohl nicht die Rede sein.

Auch wenn die Opposition es nicht wahrhaben will, sage ich: Diese Landesregierung hat eine großartige und vorbildliche Politik für unsere Jugend und die Familien geleistet.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Allein 1987 werden wir für die Jugend- und Familienförderung 871 Millionen DM ausgeben. Das ist eine Steigerung um 72,5 Millionen DM, meine Herren von der Opposition.

(Zurufe von der SPD)

Insgesamt aber wird dieses Land im Jahre 1987 1,7 Milliarden DM an familienpolitischen Leistungen ausgeben. Dies - das sage ich in aller Deutlichkeit - lassen wir uns nicht von neidischen Oppositionspolitikern kaputtreden.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich beklagen auch wir die soziale Struktur der Familien. Aber der Adressat der gemeinsamen Klage ist doch die Bundesregierung, Ihr Bundeskanzler.

(Lachen bei CDU und F.D.P. - Nagel (CDU): Kann es nicht auch am Wetter liegen? - Heiterkeit bei CDU und F.D.P.)

(C)

(D)

(Jentsch (SPD))

- (A) Denn die anhaltende Massenarbeitslosigkeit und die gravierenden sozialen Kürzungen unter der Federführung des Bonner Regierungschefs Helmut Kohl haben doch viele Familien - und das nicht nur bei uns im Lande - in finanzielle Schwierigkeiten gestoßen.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Schaumann?

(Jentsch (SPD)): Ich denke, das bringt nichts. - Zurufe von der CDU)

- Es ist Ihr Recht, darauf zu verzichten.

Jentsch (SPD): Das wird unser Wissen sicherlich nicht bereichern. Ich gehe davon aus, daß das nichts bringt.

(Anhaltende Zurufe von der CDU)

Dies, meine Damen und Herren, trifft doch besonders empfindlich die kinderreichen Familien. Dabei ist die Verteilung von unten nach oben eine der teuflischen Steuermechanismen der Christlich Demokratischen Union. Sie wissen wie wir, daß der Familienlastenausgleich eine Aufgabe des Bundes ist. Dort liegen die gesetzgeberischen Kompetenzen. Wenn Sie, meine Damen und Herren von der CDU, dann nicht nur vollmundig behaupten, Sie hätten die größten materiellen Verbesserungen für die Familien seit Bestehen der Bundesrepublik geschaffen, dann muß man Ihnen doch die Tatsachen entgegenhalten.

(B)

Ihre Parteifreunde in Bonn, meine Damen und Herren von der Opposition, haben den Familien weniger wiedergegeben, als sie diesen Familien vorher genommen haben. Ich verweise auf die Ausgaben des Bundes für den Familienlastenausgleich. 1981 waren es 23,5 Milliarden DM, 1985 - hören Sie zu - 18,5 Milliarden DM, also 5 Milliarden DM weniger. 1986 sind es durch Kinderfreibeträge, Kindergeldzuschläge und das Erziehungsgeld 24,6 Milliarden DM. Dies ist im Vergleich zu 1981 nur ein Plus von 3,5 %. Eine Anpassung an die Preissteigerung hätte allein 13,8 % bedingt.

(Schlotmann (CDU): Wieso, die Preissteigerungen gibt es ja gar nicht mehr!)

Aber, meine Damen und Herren, es kommt ja noch schlimmer, denn nimmt man die BAföG-Kürzungen, das Mutterschaftsgeld und andererseits das Babyjahr in der Rentenversicherung mit in die Bilanz hinein, so wird sie noch mieser.

(Schmidt (SPD): Endlich sagt es mal einer!)

Gegenüber 1981 ergibt sich preisbereinigt ein Fehlbetrag von über 4 Milliarden DM. Dies sagen nicht nur wir, dies - meine Damen und Herren, hören Sie genau zu! - stellt die Deutsche Liga für das Kind in Familie und Gesellschaft in ihrer Dokumentation fest, die Ihnen auch vorliegt.

(Schlotmann (CDU): Wen haben Sie denn da eingeschleust?)

Diese Feststellungen sollten Sie einmal Ihrem Bundeskanzler unterbreiten.

(Schmidt (SPD): Ach, das kriegt der doch nicht mit.)

Auf die unsozialen und umverteilenden Kinderfreibeträge zugunsten der Besserverdienenden werde ich nicht weiter eingehen.

Ich erinnere Sie auch an die Wahlprüfsteine des katholischen Kolpingwerkes. Dort wird zu Recht eine bessere Familienpolitik von der jetzigen Bundesregierung gefordert. Auch dies zeigt: Herr Kohl handelt unsozial und ungerecht. Meine Damen und Herren, anstatt unser Land schlecht zu machen,

(Schlotmann (CDU): Nein, die Regierung!)

anstatt der Bevölkerung Angst einzujagen, um so von bundespolitischen Versäumnissen abzulenken, sollten Sie Ihre Parteifreunde in Bonn endlich nachdrücklich daran erinnern, daß die Familie der Mittelpunkt unseres Daseins darstellt

(D)

(Schlotmann (CDU): Das müssen Sie gerade sagen!)

und damit einer besonderen staatlichen Hilfe bedarf.

(Beifall bei der SPD)

Wir hier in Nordrhein-Westfalen können die verfehlte Politik des noch regierenden Bundeskanzlers nicht ausgleichen. Wir können sie nur ergänzen. Dies tun wir, auch wenn es Ihnen nicht paßt. Wir hier in Nordrhein-Westfalen verbessern durch vielseitige strukturelle Maßnahmen die Lebenssituation der Familien. Dazu - meine Damen und Herren, hören Sie wieder genau zu! - gehört unser Weg zur Bekämpfung des Ausbildungsstellenmangels und der erschreckend hohen Jugendarbeitslosigkeit.

(Schlotmann (CDU): Ihr kuriert nur am Symptom!)

(Jentsch (SPD))

- (A) Herr Worms hat ja recht, wenn er behauptet, der Jugend werde die Zukunft verbaut. Nur, er hat in der Eile vergessen, daß der Herr Bundeskanzler der Adressat ist.

(Zustimmung bei der SPD)

Denn trotz plakativer Versprechen wird Herr Kohl hier wohl ständig von einem Blackout geplagt, und die F.D.P. will auch noch unsere Programm kürzen.

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen ist vorbildlich in der Jugend- und Familienförderung in dieser Republik.

(Beifall bei der SPD)

Allein 1987 werden 242 Millionen DM in den Landesjugendplan eingesetzt. Das ist doppelt so hoch wie in Baden-Württemberg und fünfmal so hoch wie in Bayern. Dabei stellen 1 100 Freizeitstätten in unserem Lande eine uns alle beeindruckende Versorgungsdichte dar.

Meine Damen und Herren von der Opposition, Ihr Lieblingssport ist ja der Vorwurf von Kürzungen bei Maßnahmen der Erholung. Nehmen Sie doch endlich zur Kenntnis, daß unser Land in allen Einzelbereichen im Ländervergleich an der Spitze liegt. So sind die Landesmittel dreimal so hoch wie in Bayern, achtmal so hoch wie in Niedersachsen, fünfzehnmal so hoch wie in Schleswig-Holstein und fünfunddreißigmal so hoch wie in Rheinland-Pfalz.

(B)

(Zuruf von der CDU)

- Ich weiß, die Wahrheit können Sie nicht vertragen. Da staunen Sie: Alle CDU-regierten Flächenländer geben zusammen weniger für die Erholung aus als unser Land allein!

Aber es geht ja noch weiter - ich weiß, das paßt Ihnen nicht -: Wir in Nordrhein-Westfalen unterhalten ein flächendeckendes und vorbildliches Beratungsnetz für Familien-, Ehe- und Lebensberatung, für Drogen- und Schwangerschaftskonfliktberatung, für Frauenberatungsstellen. Auch hier sind die aufgewendeten Mittel zweieinhalbmal so hoch wie in Bayern, achtmal so hoch wie in Baden-Württemberg und fünfundzwanzigmal so hoch wie in Niedersachsen.

(Schmidt (SPD): Ja, das sind Fakten!)

Da, meine Damen und Herren von der Opposition, müssen Ihnen doch die Tränen des Dankes an diese Landesregierung in die Augen schießen.

(Heiterkeit)

Es gäbe ja noch viel Positives zu berichten. Ich denke, ich sollte mich auf einige wichtige Punkte beschränken.

(C)

So gibt diese Landesregierung allein für Tageseinrichtungen für Kinder zweimal soviel wie Bayern, fünfmal soviel wie Rheinland-Pfalz und vierzehnmal soviel wie Niedersachsen aus.

(Lachen und Zurufe von der CDU)

Diese Landesregierung gibt mit 1 120 DM pro Platz im Kindergarten mehr aus als jedes andere Bundesland. Auch hier erspare ich Ihnen nicht die Zahlen. So sind es in Bayern 967 DM, in Baden-Württemberg 702 DM, in Niedersachsen 503 DM, in Schleswig-Holstein sage und schreibe 114 DM.

(Zuruf von der SPD: Geradezu lächerlich!)

Dies, meine Damen und Herren, sind nicht nur nackte Finanzzahlen, hier spiegelt sich auch unser Qualitätsvorsprung wider.

(Beifall bei der SPD)

Auch an folgendem Beispiel zeigt sich dies deutlich. So muß sich eine pädagogische Kraft in Nordrhein-Westfalen um 11,3 Kinder kümmern: in Baden-Württemberg sind es schon 14,9 Kinder, gefolgt vom Schlußlicht Bayern mit 16,9 Kindern.

Aber auch die Elternbeiträge - Herr Kollege Farthmann hat heute morgen darauf hingewiesen - brauchen aufgrund unserer hohen Zuschüsse keinen Vergleich zu scheuen. In Bayern müssen die Eltern pro Platz

(D)

(Zuruf des Abg. Schlotmann (CDU))

- ja, hören Sie einmal zu! - 80 bis 120 DM, in Niedersachsen 100 DM ausgeben. - Seit 1983 bekommen die Kindergärten 32 DM pro Quadratmeter pauschal für Erhaltungsmaßnahmen. Auch das müssen Sie zur Kenntnis nehmen!

(Zuruf von der CDU)

Natürlich verschweige ich nicht, daß es hier einen Investitionsstau bei den Kindergärten gibt.

(Bensmann (CDU): 100 Millionen!)

Diesen wollen wir durch zusätzliche 10 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen weiter zurückführen.

(Bensmann (CDU): Lächerlich!)

(Jentsch (SPD))

- (A) Damit stehen 1987 rund 40 Millionen DM für neue Maßnahmen zur Verfügung. Wir erwarten aber, daß uns die Träger durch eine sparsame Planung entgegenkommen. Ich erinnere daran, daß immer noch viele Träger nicht von der Möglichkeit Gebrauch machen, Gebäude zu diesem Zweck umzuwidmen. Hier, meine Damen und Herren, sind wir wohl alle gefordert.

Fazit: Unsere Landesregierung hat nicht nur unser Vertrauen; sie verdient es, daß wir alle diese von Nordrhein-Westfalen ausgehende richtungweisende Politik unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Ein Schlag ins Gesicht sind da doch die Kürzungsvorschläge der F.D.P. Sie zeigen, welche menschenverachtende Politik in diese Drei-Punktchen-Partei gegenüber den Bürgern, den Verbänden, den Kirchen, aber vor allem den Arbeitslosen betreibt.

(Zustimmung bei der SPD)

Das ist eine Politik der sozialen Kälte. Hier setzen wir unsere Politik dagegen: für die Menschen in diesem Lande, gegen die Miesmacher. Wir wollen, daß unsere Jugend ihre Zukunftschance bekommt. Daher: Weiter so, Nordrhein-Westfalen! Daher: Weiter so, Johannes Rau!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

- (B) Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der F.D.P. spricht Herr Abg. Reichel. Ich erteile ihm das Wort.

Reichel (F.D.P.): Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Jentsch, Ihre Rede ließe sich mit den Worten zusammenfassen: Es gibt viel Positives von der Landesregierung zu berichten. - Ich kannte das schon; das steht nämlich in den Jubelbroschüren, die unter anderem der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales verteilt. Was ist das überhaupt für ein Parlamentsverständnis, wenn Sie uns hier ständig zu "Jubelpersern" der Landesregierung degradieren wollen!

(Zustimmung bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Übrigens möchte ich Sie einmal fragen: Was ist das eigentlich für eine eigenartige Sozialdemokratie,

(Zurufe von Frau Abg. Lauer (SPD) und weiteren Abgeordneten der SPD)

die ständig von "kaputtreden" spricht - und dies immer dann, wenn man sie kritisiert? Sie machen doch mit Ihrer Wirtschaftspolitik dieses Land kaputt! Seien Sie doch froh, daß man sich hier damit vernünftig auseinandersetzt; da können wir alle hinzulernen!

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Schmidt (SPD): Miesmacher! - Weitere Zurufe - Unruhe)

Ich will insbesondere zum Einzelplan 07 sprechen, und zwar zum Bereich "Jugend- und Familienpolitik"! In der Theorie ist der Etat für Jugend- und Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen ein politischer Haushalt, in der Praxis jedoch ist er längst zu einem Verwaltungshaushalt verkümmert. Wer die jugend- und familienpolitischen Argumente der SPD-Landtagsfraktion liest, wird zwei Dinge hervorstechen sehen:

Erstens. Leistungen drücken Sie nur in absoluten Zahlen aus. Es war ja auch bezeichnend, wie Herr Kollege Jentsch das gesagt hat. Aber wer viel Geld ausgibt, der macht damit noch längst noch keine gute Politik. Es ist bezeichnend, daß Sie auf Ihre Konzepte hier nicht eingehen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Zweitens. Seit Jahren identisch ist der Kreis der vom Land geförderten Verbände und Organisationen.

(Anhaltende Zurufe der Frau Abg. Lauer (SPD) und anderer Abgeordneter der SPD)

So schafft man sich - das merken wir immer wieder in Gesprächen - einen Kreis ergebener Empfänger von Landesmitteln; Sozialdemokraten lieben das ja.

Ihre ohnmächtigen Angriffe gegen die wirklich gestaltende Familienpolitik der Bundesregierung täuschen nicht darüber hinweg, daß Sie nur noch verwalten und keine Ideen und kein Geld mehr haben für die Finanzierung neuer Ideen.

(Frau Lauer (SPD): Davon kann gar keine Rede sein!)

Der Ministerpräsident spricht zum Beispiel von "ergänzender Familienpolitik". - Herr Heckelmann, ich habe das nachgelesen. Das haben Sie im letzten Jahr im Rahmen der Haushaltsberatungen gesagt. - Andere Länder leisten sich so etwas auch, etwa durch ein

(Reichel (F.D.P.))

- (A) Landeserziehungsgeld, das junge Familien kräftig entlastet. Sie jedoch erklären, dies alles sei Bundessache. Wer so hilflos argumentieren muß, das alles sei Bundessache, der gibt für das Land Nordrhein-Westfalen eine familienpolitische Bankrotterklärung ab!

(Zustimmung bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU - Schmidt (SPD): Sie reden, wie es Ihnen paßt!)

Der Grund dafür ist natürlich ersichtlich: Es ist das rasante Tempo der Neuverschuldung insbesondere seit 1980. Vielleicht kennen Sie, liebe Kollegen von der SPD, den Ausspruch von Thomas Jefferson - ich zitiere -:

Jede Generation ist wie eine besondere Nation. Sie hat das Recht, durch den Willen ihrer Macht sich selbst zu binden. Aber sowenig sie das Recht hat, andere Nationen in Fesseln zu schlagen, so wenig hat sie das Recht, die nachfolgende Generation zu binden.

Sie haben auch in diesem Jahr über fünfzehn Milliarden DM neue Schulden aufgenommen. Es ist eine Frechheit, daß Sie das auch noch einen Sparhaushalt nennen, und es ist ein Skandal, was Sie künftigen Generationen, denen Sie Zinsen und Tilgung aufbürden, ohne zu fragen, da zumuten!

(Zustimmung bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

- (B) Schon heute liegt die politische Manövriermasse des Landes, großzügig gerechnet, bei nur etwa zehn bis zwölf Prozent. Von Jahr zu Jahr erdrosseln Sie den Handlungsspielraum dieses Landes mehr. Das ist unverantwortlich gegenüber der jungen Generation. Sie beschließen heute schon, daß da eine hochverschuldete Generation heranwächst, die eigene politische Ideen gar nicht mehr bezahlen kann.

(Zurufe von der F.D.P.: So ist es!)

Das ist der Hintergrund, verehrte Kolleginnen und Kollegen, vor dem wir auch im Jugendbereich Sparvorschläge unterbreitet haben. So dumm können unsere Sparvorschläge gar nicht sein. Unsere Kürzungsvorschläge zum letzten Haushalt - ein Beispiel liegt mir gerade vor, das Sie damals abgelehnt haben; es war ein Kürzungsvorschlag zum Haushalt des laufenden Jahres - haben Sie in diesem Jahr selbst gestellt. Das gibt uns Hoffnung für das nächste Jahr.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

"Schwerpunkt der Landesförderung ist die offene Jugendarbeit", schreiben Sie in Ihren "Argumenten zur Jugendpolitik Nordrhein-Westfalens". Wie werden diese Angebote eigentlich angenommen? Sind die Jugendfreizeitstätten, die das Land fördert, nicht häufig genug ein Schaufenster ohne Publikum? Die Freizeit Jugendlicher findet auf dem privaten Freizeitmarkt statt, in Kultur-, in Sportveranstaltungen, kaum in öffentlichen Jugendfreizeitstätten.

Genau diese Politik zur Errichtung und Erhaltung von Jugendfreizeitstätten bezeichnen Sie aber als Schwerpunkt Ihrer Jugendpolitik. Das ist Ausdruck einer Jugendpolitik, die an der Jugend vorbeizieht und statt dessen Klientelpflege betreibt, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Zustimmung bei der F.D.P. - Schmidt (SPD): Unverschämtheit! - Zuruf der Frau Abg. Lauer (SPD) und weiterer Abgeordneter der SPD)

Ein weiterer Schwerpunkt der Landesförderung ist die Finanzierung der Jugendverbandsarbeit. Auch hier sind die Strukturen seit Jahren unverändert. Die neuen Bewegungen der siebziger Jahre - ob das Frauen-, Ökologie- oder Friedensbewegung sind - sind ebensowenig einbezogen wie die neue Suche nach Lebensqualität durch Kultur, Sport und internationale Begegnungen.

Warum eigentlich - dies darf ich Sie fragen - kann das Land Initiativen junger Menschen nicht über eine Stiftung fördern, die sich am Markt des Freizeitverhaltens junger Menschen orientiert und die beweglich genug ist, neue Initiativen, Projekte, bei denen Jugendliche selbst aktiv werden, kulturell aktiv werden, publizistisch aktiv werden, mit neuen Formen der Bildungsarbeit aktiv werden -, warum kann das Land nicht über eine solche Stiftung die Jugendarbeit fördern? Warum verharren Sie auf den alten Gleisen einer einzig und allein auf Verbände gerichteten Jugendarbeit? Ihr Bild einer Jugend, die sich nur in Verbänden organisiert und nichts toller findet, als Zeltlager in Pfadfinderuniform zu erleben,

(Zurufe von der SPD: Zur Sache, zur Sache!)

ist ein Bild der fünfziger Jahre. Diese junge Generation läßt sich nicht ständestaatlich organisieren. Sie schätzt Privatheit und Eigeninitiative, sie schätzt Großorganisationen nicht, auch wenn Sozialdemokraten Großorganisationen so wunderbar "pflegeleicht" finden. - Diesen Generationswechsel muß Jugendpolitik zur Kenntnis nehmen, um

(Reichel (F.D.P.))

- (A) beweglich auf die neuen Ansprüche junger Menschen reagieren zu können.

Ein hoffnungsvolles Zeichen in diesem Sinne ist Ihr zaghafter Versuch, Umschichtungen zugunsten der kulturellen Jugendarbeit vorzunehmen.

In seiner Regierungserklärung am 10. Juni des vergangenen Jahres kündigte Ministerpräsident Rau Initiativen zur Errichtung eines deutsch-amerikanischen Jugendwerks an. Er hat auf die tiefe Freundschaft mit Amerika verwiesen, aber auch auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, daß sich junge Menschen beider Staaten besser kennen- und verstehen lernen müssen, damit diese Freundschaft Bestand hat. Ich will das für meine Fraktion noch einmal ausdrücklich begrüßen und wünsche mir, daß alle führenden SPD-Politiker das so sähen. Fragt man aber nach, welche Schritte denn jetzt unternommen werden, um zu einem deutsch-amerikanischen Jugendwerk zu kommen, reden Sie von Schwierigkeiten. Wie immer: viel Dialog, wenig Handeln des Ministerpräsidenten! Außenpolitik ist schließlich kein einfaches Geschäft.

(Zuruf des Abg. Champignon (SPD))

Dennoch hat die Bundesregierung hier einen Durchbruch erzielt. Nach einer Konzeption der Außenminister Genscher und Shultz haben der Bundeskanzler und US-Präsident Reagan bei ihrem letzten Treffen einen gemeinsamen Rat zur Institutionalisierung des deutsch-amerikanischen Jugendaustausches beschlossen. Die Bundesregierung redet eben nicht nur über deutsch-amerikanische Freundschaft,

(Schmidt (SPD): Sondern?)

sie stärkt diese Freundschaft auch durch erfolgreiches Handeln - das ist Kompetenz in der Außenpolitik -, und sie setzt auf das Miteinander der jungen Generationen in beiden Staaten.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU - Zurufe der Abgeordneten Frau Lauer, Champignon und Dr. Dammeyer (SPD))

Ihre Entschuldigung für jugend- und familienpolitisches Auf-der-Stelle-Treten ist immer wieder - -

(Frau Lauer (SPD): Das ist ja schlimm!)

- Es ist allerdings schlimm, daß Sie da seit Jahren auf der Stelle treten und Ihnen nichts mehr einfällt, intelligente Zwischenrufe leider auch nicht.

(Frau Lauer (SPD): Schlimm, daß Sie keine Ahnung von der Jugendarbeit haben!)

Sie müßten für mehr Ausbildungsstellen sorgen, ist Ihr Totschlagsargument. Es ist sicher richtig, daß Sie für mehr Ausbildungsstellen in Nordrhein-Westfalen sorgen müssen, aber das ist Ihr hausgemachtes Problem in Nordrhein-Westfalen; die Kollegen haben darauf hingewiesen. Nur in Nordrhein-Westfalen ist die Zahl der unversorgten Ausbildungsplatzbewerber in diesem Jahr beinahe gleich geblieben wie im vergangenen Jahr; bundesweit hat es eine deutliche Entspannung gegeben.

(Champignon (SPD): Die Lehrstellen-Lüge!)

Es gibt schon wieder Bundesländer mit einem Überschuß an Ausbildungsstellen.

Hier schlägt, verehrte Damen und Herren - ich bitte Sie, auch einmal auf die Ursachen Rücksicht zu nehmen -, die Wirtschafts- und Strukturpolitik der Länder auf den Ausbildungsstellenmarkt durch. Hier schlägt durch, daß der Anteil kleiner und mittlerer Unternehmen, die drei Viertel aller Ausbildungsplätze stellen, in Nordrhein-Westfalen unterdurchschnittlich ist. Hier schlägt sich auch nieder, daß die allgemeine Erwerbslosigkeit über dem Bundesdurchschnitt liegt. Hier schlägt sich nieder, daß die Investitionsquote Nordrhein-Westfalens die niedrigste aller Bundesländer ist. Verehrte Damen und Herren von der SPD, wer selbst Brände legt, der kann nicht Beifall erwarten, wenn er anschließend als Feuerwehr auftritt. Ich habe kein Mitleid damit, daß Sie gezwungen sind, in so großem Umfang heute das zu reparieren, was Sie auf dem Ausbildungsstellenmarkt mit Ihrer Wirtschaftspolitik kaputtgemacht haben.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Landesregierung spricht der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Herr Heinemann.

Heinemann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! "Warum siehst du den Splitter in deines Bruders Auge? Den Balken aber in deinem siehst du nicht."

(Zustimmung bei der SPD - Lachen bei CDU und F.D.P.)

Dieses bekannte Zitat kommt einem in den Sinn, wenn man Ihre ständigen Anwürfe

(Minister Heinemann)

- (A) gegen die Sozialpolitik des Landes hört, meine Damen und Herren von der Opposition.

(Elfring (CDU): Dann haben Sie aber eine ganze Holzhandlung, Herr Minister! - Heiterkeit und Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Sie haben es wirklich nötig - und damit spreche ich auch Sie an! -, der sozialdemokratischen Landesregierung und unserem Kanzlerkandidaten und Ministerpräsidenten Johannes Rau Vorhaltungen zur Sozial- und auch Familienpolitik zu machen.

(Gregull (CDU): Der macht gar keine Politik, der macht ja nur Sprüche!)

Dabei ist der Balken in Ihrem Auge so groß, daß er Sie inzwischen völlig blind für Realitäten gemacht hat.

(Zustimmung bei der SPD)

Diese Realitäten sind nun wirklich schlimm genug. Müssen wir Sie denn immer wieder daran erinnern, daß Ihre Bonner Kollegen in den drei Jahren von 1983 bis 1985 die Sozialleistungen um mehr als 55 Milliarden DM gekürzt haben,

(Gregull (CDU): Denken Sie an die Holzhandlung, Herr Minister!)

- (B) beim Arbeitslosengeld, bei der Arbeitslosenhilfe, beim Mutterschaftsurlaubsgeld, beim BAföG und bei Dutzenden von Sozialleistungen mehr?

(Gregull (CDU): Das hat Herr Schmidt schon vorher getan! - Zurufe der Abgeordneten Arentz und Rüsenberg (CDU))

- Ich weiß, das paßt Ihnen nicht, Herr Arentz. Sie werden mir zuhören müssen. Ich habe Ihnen auch zugehört.

(Arentz (CDU): Wenn Sie doch nur einmal zuhören würden!)

Diese Kürzungen haben Sie ausschließlich auf dem Buckel der Schwächeren und Schwachen in unserer Gesellschaft vorgenommen: der Arbeitslosen, der Behinderten, der Familien mit Kindern, der Schüler und Studenten, der Sozialhilfeempfänger und Rentner. Dabei haben Sie die besser Verdienenden in unserem Volk auf eine sozial unerträgliche Weise geschont und sogar noch mehr bevorteilt, indem Sie die von uns vorgeschlagene befristete Ergänzungsabgabe abgelehnt und die Wirtschaft bei der Vermögensteuer entlastet haben. Soll ich Ihnen die Zahlen ein weiteres

Mal vorrechnen, wie bei der Steuerreform 1986 und 1988 Ihre Umverteilung von unten nach oben erfolgt?

(Gregull (CDU): Das Märchen kennen wir schon! - Frau Hieronymi (CDU): Zugunsten der Familien mit Kindern!)

Ich weiß, das paßt Ihnen nicht, aber Sie werden es immer wieder hören müssen.

Was Ihre Bonner Kollegen, meine Damen und Herren von der Opposition, unter dem Vorwand der Ankurbelung der Wirtschaft und der Haushaltskonsolidierung angerichtet haben,

(Frau Hieronymi (CDU): 600 000 Arbeitsplätze!)

ist zutiefst ungerecht und inhuman und unseres so mühsam aufgebauten Sozialstaates unwürdig.

(Zustimmung bei der SPD)

Das müssen wir Sozialdemokraten auch in der vorweihnachtlichen Stimmung den Menschen sagen, von denen es der Mehrzahl Gott sei Dank gut geht. Eine wachsende Minderheit von mehr als 2 Millionen registrierten Arbeitslosen und 2,6 Millionen Sozialhilfeempfängern muß jedoch mit dem Existenzminimum auskommen.

(Zuruf des Abg. Dreyer (CDU))

(D) Sie sitzen die Arbeitslosigkeit aus, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der SPD - Kniola (SPD): Bravo!)

Sie manipulieren an der Statistik.

(Erneut Zustimmung bei der SPD - Lachen bei CDU und F.D.P.)

Und Vorschläge, die wir machen, etwa zum Überstundenabbau, lehnen Sie ab.

(Zurufe von der CDU: Und in Nordrhein-Westfalen? - Abg. Arentz (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Ich komme dazu! - Statt dessen kommen Sie mit neuen Zahlen wie heute Herr Arentz, die wiederum nicht den Tatsachen entsprechen.

(Arentz (CDU): Warum wollen Sie eigentlich keine Fragen zulassen, Herr Minister?)

(A) Frau Vizepräsident Friebe: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Minister Heinemann: Ich lasse gleich Fragen zu, möchte aber diesen Gedankengang erst zu Ende bringen.)

- Das ist Ihr Recht.

Heinemann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Herr Arentz, Sie haben von 600 000 neuen Arbeitsplätzen gesprochen.

(Arentz (CDU): 620 000!)

Die Erwerbstätigenzahl lag 1982 bei 25 624 000 und im März 1986 bei 25 469 000. Das waren 160 000 weniger, trotz Konjunkturaufschwungs, trotz Arbeitszeitverkürzung, die Ihr Bundeskanzler bekämpft hat, der als erster Bundeskanzler einseitig in die Tarifautonomie eingegriffen hat,

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

trotz einer großen Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen der öffentlichen Hand. Auch dank unseres Ausbildungsprogramms im Lande waren es mehr als 30 000, die Sie dann zu dieser Zahl von angeblich 620 000 hinzuzählen. Aber gleichzeitig kritisieren Sie dieses Programm, wie das bei Ihnen üblich ist.

(B) Lassen Sie mich auch noch ein Wort zum Ruhrgebiet sagen, das hier einige angesprochen haben, die es vermutlich nur aus Wahlkampfveranstaltungen kennen.

(Bensmann (CDU): Da läuft der Ministerpräsident weg! Er kann das nicht hören!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin vor fast 60 Jahren im Ruhrgebiet geboren und kenne die Entwicklung dieses Ruhrgebietes. Keine alte Industrieregion in der Welt hat die Probleme so gut gemeistert - bei allen Problemen, die wir noch haben.

(Beifall bei der SPD)

Das ist so dank der Politik des Landes Nordrhein-Westfalen und der hervorragenden Kommunalpolitik in den Städten des Ruhrgebietes,

(Beifall bei der SPD - Nagel (CDU): Ha, ha!)

die schließlich zu einem Stimmenanteil der Sozialdemokraten von 62 Prozent im Mai 1985 geführt hat.

(Zuruf des Abg. Bensmann (CDU))

(C) - Herr Bensmann, hören Sie zu, dann wissen Sie es vielleicht.

Dieses Ruhrgebiet hat gegen harte Beschlüsse der Stahlindustrie und des Bergbaus kämpfen müssen.

(Dreyer (CDU): Die Bundesregierung hat Bergbau und Stahl geholfen!)

- Jawohl, Herr Dreyer. Ich werde es Ihnen an einem Beispiel sagen. Hören Sie zu.

(Erneuter Zuruf des Abg. Dreyer (CDU))

- Nein, ich habe doch jetzt gar nichts gegen die Politik gesagt, sondern ich habe gesagt: gegen hartes Engagement der Stahlindustrie und des Bergbaus.

(Abg. Dreyer (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Wir haben großflächig Industriensiedlung betreiben wollen, aber der Bergbau hat gesagt: Wir werden dort Kohle abbauen. - Das ist bis heute nicht geschehen. Die Industrie ist ins Ausland abgewandert, weil der Bergbau und die Stahlindustrie damals Angst hatten, Arbeitskräfte an diese neuen Industrien zu verlieren. Dagegen haben wir kämpfen müssen, und wir haben bei allen diesen Schwierigkeiten die Probleme so hervorragend gelöst wie keine andere alte Industrieregion in der Welt.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

(D) Ich halte Ihnen von der Opposition entgegen: Sie wollen einen rein marktwirtschaftlichen Unternehmerstaat, in dem die Macht und die Privilegien noch weiter zugunsten der Erfolgreichen und Wohlhabenden und zu Lasten der Schwächeren und Armen in unserer Gesellschaft verschoben werden sollen. Deshalb haben Sie neben dem Sozialabbau den Abbau individueller Arbeitnehmerschutzrechte, beim Jugendarbeitsschutz mit dem sogenannten Beschäftigungsförderungsgesetz, betrieben.

(Dreyer (CDU): Fragen Sie einmal Herrn Schwier!)

Deshalb wollen Sie über den einzelnen Arbeitnehmer hinaus die kollektive Macht der Gewerkschaften treffen.

(Frau Hieronymi (CDU): Wann sprechen Sie zum Landeshaushalt?)

Dafür ist Ihnen kein Mittel zu schade, weder die unsägliche Änderung des § 116 Arbeits-

(Minister Heinemann)

- (A) förderungsgesetz noch die geplante Veränderung des Betriebsverfassungsgesetzes.

(Beifall bei der SPD)

Davon konnte Sie auch die Kritik einiger prominenter Partei- und Gewerkschaftskollegen nicht abbringen, weder die von Herrn Benda noch die von Herrn Fehrenbach oder anderen.

Ich frage Sie, Herr Arentz: Ist das, was Sie vorhin verkündet haben, Ihr Engagement für starke Gewerkschaften? - Genau das Gegenteil geschieht durch Ihre Politik.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Ich sage Ihnen voraus: Das ist kein Weg, auf dem sich diese Republik auf Dauer ohne schweren Schaden verändern ließe. Hinter die mühsam errungenen Sozial-, Schutz- und Sicherungsrechte führt kein Weg zurück.

Da verschlägt es einem schon die Sprache,

(Nagel (CDU): Ja, mir auch!)

wenn sich Herr Blüm angesichts dieser Fakten erdreistet, Nordrhein-Westfalen zum Vorreiter des Sozialabbaus zu erklären.

(Schmidt (SPD): Der ist gewaltig!)

- (B) Das tut er auf die dieselbe unverfrorene Weise, wie Sie es hier mit falschen Zahlen versucht haben, allerdings vergeblich; denn die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes lassen sich gerade seine sozialen Leistungen von Ihnen nicht vermiesen.

(Gregull (CDU): Haben Sie gerade nochmal hingekriegt! Nächstes Mal klappt das nicht mehr!)

Richtig ist allein, daß wir im Land nicht einen Sozialabbau auffangen können, den Sie im Bund angerichtet haben,

(Schmidt (SPD): Kahlschlag!)

nicht beim Arbeitslosengeld und bei der Arbeitslosenhilfe über die kommunale Sozialhilfe, nicht bei den BAföG-Kürzungen.

(Schmidt (SPD): Supersense war das!)

Was wir aber bei unseren eigenen Aufgaben tun können, haben wir getan, und das werden wir weiterhin tun.

(Bensmann (CDU): Weiter kürzen?)

Wir werden den diesjährigen Sozialhaushalt von mehr als 3,86 Milliarden DM im nächsten Jahr auf mehr als 4,02 Milliarden DM erhöhen. Und wir brauchen in den einzelnen Sozialbereichen keinen Ländervergleich zu scheuen. Sie wehren sich immer gegen Ländervergleiche, wenn es Ihnen weh tut, und im gleichen Atemzug versuchen Sie, Ländervergleiche zu machen.

(Frau Hieronymi (CDU): Nein, nein!)

- Sie haben doch vorhin hier gerufen: Wir sind in Nordrhein-Westfalen und nicht in Baden-Württemberg.

(Schmidt (SPD): Ein bißchen Bayern, wenn es paßt!)

Ich sage Ihnen: In vielen Bereichen ist Nordrhein-Westfalen nicht nur das soziale Gewissen, sondern der Spitzenreiter in sozialen Leistungen.

(Zuruf von der CDU: Mit Abwärtstrend!)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Minister, gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage?

(Minister Heinemann): Ja, Herr Dreyer!)

- Herr Kollege Dreyer, bitte schön!

Dreyer (CDU): Herr Minister, in der Regel reichen ja die Leistungen Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe ohne Sozialhilfeleistungen aus. Das ergibt jedenfalls die Bundesstatistik. Ich frage Sie also, inwieweit es da Abweichungen im Lande Nordrhein-Westfalen gibt.

(Zurufe von der SPD: Frage!)

Ich möchte Ihnen vorhalten, daß auf Bundesebene von 600 000 Arbeitslosen, die Arbeitslosengeld beziehen, nur 13 600 zusätzliche Hilfe zum Lebensunterhalt bekommen

(Schmidt (SPD): Statistikfriserer, hör auf!)

und von den 600 000 Beziehern von Arbeitslosenhilfe nur 67 000. Wenn Sie hier im Lande Nordrhein-Westfalen - -

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Kollege, eine Frage, bitte, und keinen Dialog. Kleiden Sie es bitte in eine Frage.

Dreyer (CDU): Ich möchte den Minister fragen, ob es abweichende Zahlen im Lande Nordrhein-Westfalen gibt.

- (A) Heinemann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Herr Dreyer, ich habe nicht alle Statistiken zur Hand, und mit Statistiken kann man sicherlich sehr viel beweisen.

(Dreyer (CDU): Aber wenn Sie so etwas behaupten, muß es doch richtig sein.)

Wir werden die Statistiken prüfen, und ich werde Ihnen aufgrund der Statistiken sagen, wie die Zahlen in Nordrhein-Westfalen lauten. Nur, das hat mit meinen Ausführungen, die ich hier gemacht habe, nichts zu tun, es steht damit in keinem Zusammenhang.

(Riscop (CDU): Doch!)

Ich will Ihnen sagen, wo das Land Nordrhein-Westfalen im sozialen Bereich Spitzenreiter ist: in der Familienpolitik etwa bei der Versorgung mit Beratungseinrichtungen, beim Fördersatz je Kindergartenplatz und auch bei den Elternbeiträgen, verehrte Frau Kollegin, bei den jugendpolitischen Leistungen, bei den Pro-Kopf-Investitionen für Einrichtungen der stationären Altenhilfe, bei den Betreuungsmaßnahmen für ausländische Arbeitnehmer, beim Abbau der gemeindebezogenen Psychiatrie. Wir stehen hier zum Teil weit vor den CDU-regierten Flächenländern wie Baden-Württemberg, Bayern oder auch Rheinland-Pfalz.

(Reichel (F.D.P.): Vor allen Dingen in den Schulden!)

- (B) In anderen Bereichen, wie bei der von Ihnen immer wieder angegriffenen Krankenhausfinanzierung, rangieren wir im oberen Drittel aller Länder, auch wenn Sie dies nicht wahrhaben wollen.

Bei den Erholungsmaßnahmen insgesamt für Familien, Mütter, Kinder, Jugendliche und Alte liegen wir mit 25,15 Millionen DM in der Summe ebenfalls bundesweit an der ersten Stelle, meine Damen und Herren; lesen Sie es nach.

(Arentz (CDU): Wir sind ja auch das größte Bundesland.)

- Ich bin dankbar für den Hinweis. - Das sind umgerechnet auf den Kopf der Beschäftigten 1,50 DM. - Wir liegen da an der Spitze. Das Schlußlicht bildet das Land Ihres Kanzlers, der dort Ministerpräsident war, mit 720 000 Mark und mit 19 Pfennigen pro Kopf der Beschäftigten - gegenüber 1,50 DM für Nordrhein-Westfalen!

(Zurufe von der CDU - Unruhe)

- Ich komme auch zur Familie; immer ruhig! - Daß wir darüber hinaus durch Haushaltsumschichtungen zentrale soziale Schwerpunkte gesetzt haben und weiterhin setzen, unterstreicht zusätzlich den hohen Stand unserer Landessozialpolitik. Kein anderes Bundesland erreicht den unvergleichbar hohen Förderungsstand unseres Landesprogramms zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

(Gregull (CDU): Die haben das gar nicht nötig! - Reichel (F.D.P.): Weil die Arbeitslosigkeit dort so niedrig ist!)

Kein Land hat unserem Programm zur sozialverträglichen Technikgestaltung Vergleichbares entgegensetzen.

(Bensmann (CDU): Die anderen brauchen das gar nicht. - Frau Hieronymi (CDU): Und Sie bauen Institute auf!)

Hören Sie endlich auf, diese Sozialpolitik zu diffamieren. Die Leistungsbilanz der letzten 20 Jahre sozialdemokratischer Sozialpolitik in unserem Lande ist eine erfolgreiche Bilanz der sozialdemokratischen Landesregierung allgemein und insbesondere eine ganz hervorragende Leistung unseres Ministerpräsidenten Johannes Rau.

(Beifall bei der SPD - Gregull (CDU): Deshalb wählen Sie auch weiter SPD, was?)

Heute morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat Herr Worms von der Staatsverschuldung gesprochen, und viele andere haben das auch getan. Herr Worms hat nicht einmal abgewartet, bis andere ihn aus seiner Fraktion - wie so oft - widerlegt haben, sondern er hat sich selbst widerlegt, indem er gleichzeitig ein Landeserziehungsgeldgesetz gefordert hat, das weitere 270 Millionen DM in 1987 und 365 Millionen DM in 1988 an Ausgaben bedeutet hätte.

(Rüsenberg (CDU): Warum können das andere Länder?)

Dann haben Sie auch gleich noch zwei Anträge mit 98,5 Millionen DM eingebracht, ohne daß Sie auf Kürzungsvorschläge zurückgekommen sind.

Warum können das andere Länder? Ich sage Ihnen das, Herr Rüsenberg: weil sie in vielen anderen Bereichen des Sozialhaushalts nicht im entferntesten das tun, was das Land Nordrhein-Westfalen im sozialpolitischen Bereich tut.

(Beifall bei der SPD - Gregull (CDU): Einmal getan hat!)

(Minister Heinemann)

- (A) Sie haben weiter eine Veränderung bei den Einnahmen aus der Spielbankenabgabe gefordert. Erstens haben wir seit 1985 den Zuschuß des Landes an die Stiftung weiter kontinuierlich erhöht: von 21,1 Millionen DM im Jahre 1985 auf 25 Millionen DM in diesem Jahr, und für 1987 sind 33,5 Millionen DM vorgesehen. Das sind doch ganz enorme Summen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Zweitens ist Nordrhein-Westfalen doch das einzige Bundesland, das heute Einrichtungen der Alten- und Behindertenhilfe aus Mitteln der Spielbankenabgabe fördert. Das tut außer uns kein anderes Bundesland, auch kein einziges CDU-regiertes, obwohl in diesen Ländern ebenfalls Spielbanken betrieben werden.

(Beifall bei der SPD - Harbich (CDU): Das steht im Gesetz. - Bensmann (CDU): Das haben wir doch im Gesetz so beschlossen.)

Da sollten Sie mit Ihrer Kritik ansetzen.

Drittens hat sich die Vergabepraxis der Stiftung Wohlfahrtspflege doch ganz stark dahin entwickelt, solche Projekte zu fördern, bei denen noch Finanzierungslücken bestehen; und das geschieht auch.

Wir werden 1987 38 Millionen DM zur Verfügung haben; wir haben weniger Anträge als für 38 Millionen DM vorliegen. In diese Sozialpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen - das wird von Ihnen doch immer wieder übersehen - fließen ja auch die anderen Mittel aus Spielbankeneinnahmen hinein.

- (B)

Ich könnte Ihnen noch eine Menge über die Globaldotationen an die Spitzenverbände sagen, bei denen wir ebenfalls als Land Nordrhein-Westfalen an der Spitze stehen. Verehrter Herr Arentz, jetzt habe ich im Ausschuß und auch bei der letzten Plenarsitzung wirklich die Hoffnung gehabt, Sie würden begreifen, was das Land Nordrhein-Westfalen in der Krankenhauspolitik tut; Sie wollen es nicht begreifen.

Im Rahmen des Haushaltsplans 1987 sollen für Investitionen in Krankenhäusern insgesamt 1,659 Milliarden DM zur Verfügung stehen. Das sind 500 Millionen DM in bar, 700 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen, 459 Millionen DM für pauschale Fördermittel, für Zehner-Fördermittel für die Beschaffung kurzfristiger Anlagegüter in den Krankenhäusern und für kleinere Baumaßnahmen.

Allein schon diese Zahlen zeigen: Böswillige Behauptungen - wie Verelendungsstrategie

der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Schlußlicht aller Bundesländer bei der Krankenhausfinanzierung - beruhen wohl weniger auf Faktenkenntnis, sondern stellen vielmehr billige Wahlkampfmanöver ohne jede fachgerechte Grundlage dar,

(Zustimmung bei der SPD)

ein Wahlkampfmanöver mit dem Ziel, bei den Krankenhäusern Verunsicherung und Verwirrung auszulösen. Ich bin heilfroh, daß draußen im Lande die Verantwortlichen in den Krankenhäusern erkannt haben, wie man den Krankenhäusern mehr helfen kann, jedenfalls nicht durch Ihre Verunsicherungskampagnen, sondern vielmehr durch tatsächliche finanzielle Leistungen des Landes.

(Erneut Zustimmung bei der SPD)

Ein Beispiel, das mindestens eine Kollegin und ein Kollege des Landtags miterlebt haben,

(Gregull (CDU): Dann fragen Sie einmal die Antragsteller!)

nämlich in Rheine beim Matthias-Hospital: Der dortige katholische Pfarrer und Vorsitzende des Krankenhauskuratoriums, Pfarrer Meiners, hat sich in seiner Begrüßungsansprache klar und deutlich von solchen Vertretern der Spitzenverbände und solchen Politikern distanziert, die die Leistungen der Landesregierung in der Krankenhausfinanzierung ins Abseits stellen wollen

(Arentz (CDU): Der hat auch Geld bekommen! - Frau Hieronymi (CDU): Das ist einer der wenigen, die Geld bekommen haben!)

und ihr permanente Vernachlässigung der Krankenhäuser vorwerfen. Dieses klare und deutliche Bekenntnis des mutigen Pfarrers aus Rheine soll von Ihnen nicht als Einzelaussage irgendeines Pfarrers abgetan werden -

(Frau Hieronymi (CDU): Das ist nämlich selten!)

wie Sie es, verehrte Frau Kollegin, schon wieder tun -, der froh ist, von der Landesregierung ein modernes Krankenhaus finanziert bekommen zu haben. Diese Aussage können Sie draußen bei den Verantwortlichen der Krankenhäuser, den Veranstaltungsleitern überall hören. Sie müssen nur in die Krankenhäuser gehen und dort zuhören.

(Gregull (CDU): Jawohl, gehen Sie einmal dorthin!)

(Minister Heinemann)

- (A) Und, Herr Kollege Arentz, vor wenigen Tagen - um ein weiteres Beispiel zu nennen - hat mir Herr Professor Hoffmann, bei dem Sie vor nicht allzu langer Zeit ebenfalls waren, hinterher mit einer Presseerklärung gesagt, daß das, was Sie dort vertreten haben, nicht seine Meinung sei. Er hat sich für Ihre Aussagen bei mir entschuldigt.

(Zustimmung bei der SPD - Arentz (CDU): Jetzt sagen Sie bitte einmal, für was!)

- Für Ihre Aussagen zur Krankenhauspolitik im Lande Nordrhein-Westfalen, die er nicht vertritt.

(Arentz (CDU): Das ist doch Blödsinn, was Sie erzählen!)

Ich nenne im Gegensatz zu Ihnen, verehrter Herr Kollege Arentz, Roß und Reiter. Ich fordere Sie hier vor diesem Hause ein weiteres Mal auf, indem ich zuerst ein Versprechen abgebe, ein Versprechen in der Form, daß dieses von Ihnen so oft zitierte 10-Betten-pro-Zimmer-Krankenhaus mit einer Toilette für 40 Personen keine Nachteile, sondern Vorteile zu erwarten hat, wenn Sie es mir nennen. Die Vorteile werden darin bestehen, daß ich es in den Krankenhausbedarfsplan aufnehme. Ich wiederhole: Zimmer mit zehn Betten und einer Toilette für 40 Personen! Wenn Sie es nicht tun, würden Sie sich unverantwortlich gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern verhalten, die dort eingewiesen werden. Ich will solche Zustände in diesem Lande nicht haben; ich will sie beseitigen! Machen Sie bitte davon Gebrauch!

(B)

(Zustimmung bei der SPD)

Ich könnte Ihnen über unsere Krankenhauspolitik vieles erzählen, doch möchte ich im einzelnen darauf verzichten, weil auch ich heute nicht bis 24 Uhr hierbleiben möchte.

Sie haben immer wieder die Reste erwähnt. Wir sind als Land oft nicht in der Lage, dieses zu verhindern, weil die Krankenhäuser die Mittel oft nicht abrufen. Das wissen Sie. Im Gegensatz zu Ihnen, verehrter Herr Kollege Arentz, handeln wir - Sie reden nur - und werden die Reste in diesem Jahr wesentlich herabdrücken. Mir sind VE mindestens so viel wert wie Barmittel, denn Sie wissen, daß mir oft Barmittel überhaupt nicht helfen, sondern gerade mit den VE Jahresprogramme bewältigt werden können.

(Arentz (CDU): Sie sind nicht in der Lage, die Barmittel auszugeben! Das ist administrative Unfähigkeit!)

Lassen Sie mich zu einigen Einzelbemerkungen Ihrer Ausführungen noch wenige Worte sagen. Sie haben meine Abteilung III B angesprochen und behauptet, wir würden uns der Aufgabenkritik entziehen. Die Aufgabenkritik ist vom Organisationsausschuß und vom Landesrechnungshof vorgenommen worden. Dies sind auch die dafür zuständigen Stellen. Wir haben uns vorher und nicht im nachhinein der Aufgabenkritik gestellt.

(Arentz (CDU): Im Ausschuß haben Sie es abgelehnt!)

- Das ist auch nicht der richtige Ort. Ich habe eben ausgeführt, wer zuständig ist und zu welchem Zeitpunkt wir die Aufgabenkritik vorgenommen haben.

Sie haben das Sotech-Programm angesprochen. Ich weiß nicht mehr, wem ich glauben soll: Denjenigen, die in der letzten Plenardebatte zur Bildung des Ausschusses, der meines Erachtens einstimmig beschlossen worden ist, dieses Sotech-Programm gelobt haben - teilweise über den grünen Klee - oder denjenigen, die es jetzt wieder herunterreden wollen. Man muß dieses Programm im ganzen und nicht nur in Teilaspekten sehen.

Sie wissen aber ebenso - um ein Wort zu den Sozialstationen zu sagen -, daß der Bedarf der Träger immer geringer wird, daß diese Sozialstationen flächendeckend über das gesamte Land verteilt sind und daß für eine Fachkraft in Nordrhein-Westfalen mehr aufgewandt wird und weniger betroffene Menschen von einer Fachkraft zu betreuen sind als in vielen anderen Ländern.

(Arentz (CDU): Nennen Sie Beispiele!)

Lassen Sie mich zur Familienpolitik ausführen, verehrte Frau Kollegin: Dieser Bundesregierung gebe ich vor allen Dingen deshalb Minuspunkte, weil Familien gegenwärtig nicht entlastet, sondern stärker belastet werden und konkrete, kurzfristige umsetzbare Perspektiven fehlen.

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Warum? Lesen Sie diese Broschüre! Ich verstehe überhaupt nicht Ihre Aufregung. Ich will Ihnen mitteilen, wer das gesagt hat, nämlich Frau Süßmuth in einem Artikel in der Zeitschrift "Leben und Erziehung" in der Ausgabe 9/1983. Damals war die verehrte Frau Süßmuth noch stellvertretende Vorsitzende des Familienverbandes der Katholiken. Heute hätte sie die Möglichkeit gehabt, etwas

(Minister Heinemann)

- (A) zu ändern. Sie aber hat die Politik weiter mitgemacht.

(Zurufe von der CDU)

Ich habe Ihnen zitiert, was Sie der jetzigen Bundesregierung ins Stammbuch geschrieben haben. Verehrte Frau Kollegin Hieronymi, was ich vorhin Herrn Kollege Arentz zugesagt habe, sage ich auch Ihnen zu: Wenn irgendwo ein Kindergarten vorhanden ist, bei dem der Betrieb nicht durchgeführt werden kann, geben Sie ihn mir bitte an die Hand, und ich kümmere mich um diesen Kindergarten persönlich. Wir haben in unserem Kindergartenprogramm 40 Millionen DM für Neubaumaßnahmen. Sie können mithelfen, indem Sie mir an Orten, wo Bedarf besteht, kostengünstige Maßnahmen anbieten. Auch darum werde ich mich kümmern.

Sie kritisieren immer unser Programm Arbeit statt Sozialhilfe - wie hier geschehen - wie auch die Schaffung von Ausbildungsplätzen und den Übergang in die zweite Schwelle - um die Dinge stichwortartig zu nennen.

(Bensmann (CDU): 22 Ausbildungsplätze zusätzlich!)

- Wenn die Ausbildungsplatzgarantie Ihres Herrn Bundeskanzlers gezogen hätte und nicht ein leeres Versprechen gewesen wäre, brauchten wir dieses nicht. Er hat jedem Ausbildungswilligen einen Ausbildungsplatz versprochen, ohne daß er das einhalten konnte.

(B)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch zwei kurze Bemerkungen machen.

Herr Reichel, wenn Sie kritisieren, es sei immer der gleiche Kreis von Empfängern, dann bitte ich Sie, mir zu sagen, wer Ihrer Vorstellung nach aus dem Kreis von Empfängern herausfallen soll; vielleicht die Julis, ich weiß es nicht.

Ein Letztes! Herr Schaumann - damit möchte ich Ihren Beitrag mit wenigen Worten erwähnen -, Sie haben Ihre Rede mit der Bemerkung beendet: Soziale Wärme erstickt vielleicht fast alles, vielleicht auch Sie. - Vielleicht hören Sie zu, Herr Dr. Schaumann. Ich gehe auf Ihre Bemerkung ein. - Wenn Ihre Partei unter sozialer Wärme das versteht, was Graf Lambsdorff verkündet,

(Dr. Rohde (F.D.P.): Was sagt er denn?)

dann, muß ich sagen, ist soziale Wärme bei Ihnen schon lange erstickt.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich will beispielhaft zwei Erklärungen von Graf Lambsdorff herausgreifen. Er erklärte vor einiger Zeit, die Schuld an der hohen Zahl von Arbeitslosen liege aufgrund der hohen Löhne in der Bundesrepublik Deutschland bei den Arbeitnehmern. - Bestätigen Sie das?

(Zurufe von der F.D.P.)

- Sie sagen: Es liegt zum Teil daran. Herr Rohde, dann muß ich Ihnen sagen: Sie wissen doch gar nicht, was der deutsche Arbeitnehmer verdient.

(Dr. Rohde (F.D.P.): Das haben Sie doch in Dortmund gemerkt!)

- Ich habe es noch in Erinnerung. Ich bin in den Versammlungen.

(Anhaltende Zurufe von der F.D.P.)

Ich sage Ihnen: Wer sagt, das sei die Ursache, dem sage ich: Er kann gar nicht ermaßen, was es bedeutet, wenn Frauen mit 1 600 DM, 1 800 DM oder 2 000 DM im Monat für ihre Familie auskommen müssen, ohne sich hoch zu verschulden.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der F.D.P.)

Dann üben Sie bitte Kritik an den Einkommen in den Chefetagen der deutschen Wirtschaft und nicht am Einkommen des deutschen Arbeiters, der für mich nicht zuviel verdient.

(Beifall bei der SPD - Lebhaftes Zurufe von F.D.P. und CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Heinemann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Nein, ich komme jetzt zum Schluß.

Ein Zweites. Ihr Graf Lambsdorff - das ist auch ein Stück sozialer Kälte - fordert eine Selbstbeteiligung am Krankenhausaufenthalt in Höhe von 20 %. Sie fordern hier gleiches. Muten Sie einem Menschen mit einem Einkommen von 1 500 DM oder 1 800 DM zu, daß er, wenn er eine Woche im Krankenhaus liegt, eine Selbstbeteiligung in Höhe von 320 DM zahlen muß? Mir ist das jetzt schon zuviel. Da kritisiere ich auch diejenigen, die es angeregt

(Minister Heinemann)

- (A) haben. Herr Rohde, da unterscheiden wir uns. Ich bin doch nicht auf einem Auge blind.

(Beifall bei der SPD)

Herr Dr. Schaumann, Sie lesen offenbar nur das, was Sie möchten. Wenn Sie sagen - Sie haben mich dabei mit einbezogen -, daß die Mehrzahl der Ärzte hier eine ehrliche, saubere, hervorragende Arbeit leiste und daß sie eine hervorragende und ehrliche Abrechnung erstelle, dann muß ich Ihnen sagen: Das sind meine Worte; ich gebrauche sie immer wieder.

(Dr. Schaumann (F.D.P.): Ich bin Ihnen sehr dankbar.)

Sie können bei den Verbänden der Ärzte nachhören, wem ich das des öfteren gesagt habe.

(Erneuter Zuruf des Abg. Dr. Schaumann (F.D.P.))

- Nicht bei mir, Herr Schaumann. Sie können doch nicht jedem glauben, der alles mögliche über mich erzählt. Damit habe ich doch schon so viele Erfahrungen gemacht. Was meinen Sie, was Herr Arentz draußen über mich erzählt! Wenn Sie dem immer glauben wollen, dann werden Sie ein völlig falsches Bild von mir bekommen.

- (B) Ich sage Ihnen, warum ich mich in dieser Frage so engagiere: damit das Image der ganzen deutschen Ärzteschaft nicht durch diese wenigen manipulierenden Ärzte, die es jetzt nach der Deckelung ja zu Lasten der ehrlichen tun, versaut wird. Diese Wenigen sind dabei, das zu tun, und das muß mit allen Mitteln verhindert werden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zum Sozialbereich - Einzelplan 07 - liegen mir nicht vor. Ich schließe deshalb die Beratung zu Einzelplan 07.

Ich rufe auf

Beratungsblock 3:

Bildungsbereich

- Einzelplan 05: Kultusminister und
- Einzelplan 06: Minister für Wissenschaft und Forschung.

Ich eröffne die Beratung. Ich darf zunächst Frau Abg. Woldering für die Fraktion der CDU das Wort erteilen. - Bitte schön, Frau Abgeordnete!

Frau Woldering (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Kultusminister hat uns bei seiner Einführung zum Einzelplan 05 gesagt, dieser Einzelplan folge im Haushaltsentwurf 1987

(Zuruf von der CDU: Wo ist er denn?)

dem von der Landesregierung vorgeschlagenen Weg der Konsolidierung des Landeshaushalts und führe insoweit die strenge Ausgaben- disziplin der letzten Jahre fort.

Ich kann hierzu schon jetzt sagen: Die CDU stimmt diesem Einzelplan nicht zu, nicht wegen des dokumentierten Sparwillens, sondern weil wir nicht damit einverstanden sind, wie gespart wird.

(Zustimmung bei der CDU)

Für den Bereich des Einzelplans 05 ist wieder einmal - wie auch in den letzten Jahren - keinerlei Zukunftsorientierung festzustellen. Es wird auch in diesem Jahr wieder eine Blockadepolitik betrieben, die dazu führen wird, daß Nordrhein-Westfalen in bildungs- politischer Hinsicht in Kürze das Schlußlicht der Bundesrepublik sein wird.

(Zuruf von der CDU: Ist es jetzt schon!)

- In Teilbereichen ist es das schon.

Wir haben heute im Schulbereich trotz eines überreichen Angebots fachspezifisch bestens ausgebildeter junger Lehrer Lehrerarbeits- losigkeit, nämlich 20 000 an der Zahl,

(Arentz (CDU): Skandalös!)

Unterrichtsausfall, besonders in vielen Mangelfächern, fachfremd erteilten Unterricht durch nicht für die einzelnen Fächer ausge- bildete Lehrer und eine sich allmählich steigernde Überalterung der Lehrerkollegien - dies alles, meine Damen und Herren, obwohl genügend ausgebildete Lehrer vorhanden sind.

Trotz dieser Misere finden wir wieder un- verhältnismäßig hohe Einsparungen im Bil- dungsbereich. In diesem wichtigen Bereich, an dem sich die Zukunft unseres Landes orientiert, werden nicht nur - wie noch im vergangenen Jahr - 90 % der Stellen einge- spart; vielmehr entfallen von insgesamt 3 657